

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Telegraphische Anzeigen: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Binnerstraße 44.

Indische Baumwolle und europäischer Arbeiterschutz.

Die indische Konkurrenz ist das Schreckgespenst, welches die britischen Baumwollendörfer nicht ruhig schlafen läßt. Obgleich die indische Baumwolle lange Zeit die unerschöpfliche Vorrathskammer, die John Bull mit gutem und wohlfeilem Rohstoff versah.

Aber allgemach änderten sich die Verhältnisse, die indischen Kapitalisten fanden es vorteilhafter, die heimische Baumwolle selbst zu verarbeiten und mit den in Hindustan gewebten Stoffen Geschäfte zu machen. Das war ihr unveräußerliches Recht. Die von den Vätern des Manchesterismus fanatisch gepredigte Lehre des Schutzes und Geschützens, des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte drängte naturgemäß zu solch einem Vorgehen. Wenn die Frucht reif und süß ist und nur des Glücklichens harret, der sie brechen und genießen soll, so ist es eine heilige Pflicht, zu pflücken und zu genießen.

Da es in Britischindien reiche Leute genug giebt, pflück- und durchtriebene Geldmenschen, sei es, daß sie auf die heiligen Beden schwören, sei es, daß sie zum Propheten sich belennen, sei es, daß sie schlaue Parais sind, die bis an den Hals in Ruinen stecken und auf's Profitliche sich verstehen wie in Rothschild oder Rockefeller, so ist es kein Wunder, daß sie endlich einmal Ernst machten und die industrielle Ausbeutung selbst in die Hand nahmen. Wozu auch dem Mutterland, d. h. seinen Textilbaronen in Manchester, Nottingham, Lancaster die Mehrvertheuerung als fettes Monopol überlassen, wenn im Lande, wo „still und fromm die Lotusblume steht“, Hunderttausende von Arbeitskräften auf der Straße liegen, für jeden, der einen lächerlich kleinen Lohn daran wenden kann, sofort zu haben, Männer, Weiber, Kinder?

Wozu den Quäkern im nebligen England erlauben, in Gottesfurcht und Schamerlust Geld einzubringen, wenn in Indien billigste „Hände“ zu haben sind ohne daß eine Fabrikinspektion, ohne daß ein Arbeiterschutzgesetz, ein Zehnstundentag, eine straffe, mächtige Gewerkschaftsorganisation, wie im Vereinigten Königreich die selbstlose Thätigkeit der Plasmacher hemmt und einengt?

So entfaltete sich mit treibhausmäßiger Ueppigkeit unter der tropischen Sonne die indische Baumwollfabrikation. Ein Betrieb nach dem anderen schoß empor, die ruhigen Schilde der Fabriken verfinsterten die lichte Atmosphäre und schwärzte die schlanken Schäfte der Palmen. In den Arbeitsjalen leuchteten unter unbarmherzigen Aufsichtern die geduldigen gelbhäutigen Ödrigen der asiatischen Kapitalisten, die Spinnmaschinen sausten, die Kraftstühle der Webereien klapperten, viel Baumwolle, sehr viel Baum-

wolle, und viel, viel Menschenfleisch wurde verbraucht in dem rastlosen Getriebe der neuen Industrie.

Englands Fabrikanten sahen nicht nur, daß ein beträchtlicher Theil der indischen Baumwollenzufuhr ausblieb, weil er eben im Produktionslande versponnen und verwebt wurde, sie fanden nur zu bald, daß der indische „Markt-magen“, um diesen Marxischen Ausdruck zu gebrauchen, für englische Baumwollwaren nicht mehr so empfänglich war, wie bisher. Die mit wohlfeileren Arbeitskräften, ohne die Transportkosten der Briten an Ort und Stelle wirtschaftenden indischen Baumwollendörfer rissen ein Stück des Absatzes nach dem anderen an sich und schritten dazu, den chinesischen Markt mit ihren Erzeugnissen zu versetzen.

In der Präsidentschaft Bombay, wo die Baumwollspinnerei hauptsächlich daheim ist, schreibt ein Fabrikant vor, daß — Kinder von 7 bis 12 Jahren nicht länger als — 9 Stunden beschäftigt werden dürfen; das Gesetz gilt aber nur für Betriebe, die 100 Arbeiter länger als 4 Monate anwenden. Die Fabrikräume starrten von Schmutz, in einem Stabliement war das Holzwerk seit 20 Jahren nicht frisch angestrichen, die Hitze steigt in Spinnzimmern bis zu 117 Grad Fahrenheit. In Bombay beträgt der Monatslohn des Mannes 20—40, des Weibes 14—18 M.; die kürzeste Arbeitszeit sind 14 Stunden. In kleineren Fabriken bleiben während der ruhigen Zeit die Maschinen von 4 bis 5 Uhr Morgens bis 7 bis 9 Uhr Abends ununterbrochen im Gang, in der lebhaftesten Zeit (etwa 7 Wochen) arbeiten die Maschinen oft Tag und Nacht mit einer halben Stunde Ruhe am Abend bis zu acht Tagen mit denselben Arbeitern, dann weitere acht Tage den ganzen Tag oder die ganze Nacht abwechselnd mit einem zweiten Gang von „Händen“. In einer Fabrik erhalten Frauen für 18 Stunden Arbeit 30 bis 50 Pf. und zwar wird von Mitte November bis Ende Mai jeden Monat 10 Tage lang jedesmal 13 Stunden gearbeitet. Diese Thatsachen sind dem vorjährigen Bericht des englischen Generalinspektors der Fabriken und Werkstätten bezw. dem Anhang dazu entnommen, in welchem der im Dienste der Regierung zu Bombay stehende Inspektor Bericht erstattet über die Zustände in den indischen Fabriken von September 1883 bis Mai 1887. Der indische Beamte erklärt, daß die jämmerlichen Zustände „eine Verklammerung der Klasse bei Fortdauer der schrankenlosen Exploitation“ erzeugen müssen.

Die Handelsstatistik belehrt uns darüber, daß im Jahre 1857/58 es keine indischen Fabriken und keinen Verbrauch in Indien und eine Baumwollenaufuhr von 817 000 Ballen (zu 392 Pfund) gab; 1867/68—1871/72 verbrauchten indische Fabriken 182 000 Ballen, exportirt wurden 1 660 000 Ballen. Und im Jahre 1888/89 betrug die Ausfuhrziffer: 1 523 000 Ballen, während die heimischen Betriebe 864 000 Ballen verbrauchten. Diese Zahlen sprechen deutlich genug, und man versteht, warum Dr. Laffé im Zentralblatt der deutschen Handelskammern von der durch die indische

Gewerbepolitik drohenden „Kulisirung Europas“ spricht.

Was die Unternehmerherzen am Tiefsten verletzt, der Frevler gegen die Religion des Mammons, er war geschrien, er geschrieht alle Tage in Indien, und die Proteste gegen die bösen Konkurrenten nehmen kein Ende. Mit ehrliegender Thatsache heißen die englischen Fabrikanten die Ausdehnung der fabrikgesetzlichen Bestimmungen, wie sie für die englische Industrie bestehen, auf Indien. Seit dasselbe aufgehört hat, nichts als Hinterland für sie zu sein, — seit es ein eigenes rasch sich entwickelndes Textilgewerbe besitzt, ist diese Maßregel nothwendig geworden. Es ist einleuchtend, daß der zügellosen Exploitation ein Ziel gesetzt werden muß zu Ruh und Frommen der fabrikgesetzlich beschränkten Exploitation.

Nun ist es eine in Fachkreisen bekannte Thatsache, daß auch die Deutsche Baumwollindustrie, namentlich die süddeutsche, in hohem Grade auf den Bezug der wohlfeilen indischen Rohbaumwolle angewiesen ist. Ein ausgezeichnetes Unternehmerblatt, Roman's „Journal für Textil-Industrie“, hat in einer seiner letzten Nummern (Ausgabe A, Nr. 22/23, vom 10. Dezember 1889) trefflich dargelegt, wie bedeutungsvoll das Aufblühen der Industrie für die Zufuhr nach Deutschland ist. Das genannte Blatt sagt u. a.: „Die rapide Entwicklung, welche die indische Fabrikation während der letzten Jahre erfahren hat, ist zwar in Bezug auf den Absatz für unsere deutsche Industrie nicht so bedeutsam wie für die englische, weil unser Export von Baumwollwaren nach Indien und China doch nur ein sehr bescheidener Gegenüber demjenigen der englischen Werke ist und die Konkurrenz der indischen Fabriken auf jenen Märkten deshalb für uns weniger fühlbar ist. Wohl aber ist es selbstverständlich, daß durch den vergrößerten Verbrauch der indischen Fabriken unserer Fabrikation der Bezug des dortigen Rohmaterials vielfach erschwert und verteuert wird.“

Offen wir, daß diese bedenkliche Erscheinung die deutschen Unternehmer zu Bundesgenossen der englischen Genossen in der Hinsicht macht, daß auch sie für Arbeiterschutzgesetzgebung eintreten — in Ostindien. Denn natürlich die deutschen Spinner und Weber in Schlesien und in Sachsen, in Chemnitz und in Augsburg, in Hof und in München, in Gladbach, in Elberfeld und in Limbach, und in Oera, diese hochbezahlten Leute mit ihrem kurzen Arbeitstag bedürfen keines Normalarbeitstages, bedürfen keiner Lohnerhöhung, keines staatlichen Eingriffes.

Und so werden wir die Millionäre der deutschen Textilbezirke in munterem Reigen sehen, wie sie unter Führung der Herren von Rittnacht und von Feilisch plaudern werden für soziale Reformen jenseits des Meeres. Und in Deutschland, Bauer, ist das etwas Anderes!

Feuilleton.

Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Wichtigste autorisierte Uebersetzung von Franz Siegler.

Stephan wies dankend diese vom Erdbler geretteten Kleinigkeiten zurück:

„Nein, das ist nicht der Mühe werth; Du kannst es für die Kinder verwenden; in Paris werde ich schon sehen.“

Noch zweimal war der Aufzug eingefahren. Pierron entschloß sich, direkt die Mäheude zu ermahnen:

„Man wartet auf Euch; hat die Plauderei bald ein Ende?“

Sie drehte ihm den Rücken. Was ging diesem verlauchten Menschen die Einfahrt an, die nicht seines Amtes war; unten in der Grube ist er bereits verhaftet bei all seinen Leuten. Sie blieb trotzig stehen, ihre Lampe in der Hand, fröstelnd in dem Zugwind der Halle, ungeachtet des linden Wetters.

Weber Stephan noch sie fanden mehr ein Wort; aber ihre Herzen waren so voll, sie hätten sich noch allerlei sagen mögen.

Endlich, um etwas zu sprechen, begann sie wieder:

„Die Levaque ist in der Postkammer; Levaque sitzt immer noch im Gefängniß, aber Bouteloup ist bei ihr.“

„Ah, Bouteloup!“

„Und, was ich Dir noch nicht erzählt hab': denk Dir, Philomene ist fort.“

„Wie, fort?“

„Mit einem Grubenarbeiter vom Pas-de-Calais. Ich

hatte Bange, daß sie mir die Kinder auf dem Hals lassen werde; aber sie hat sie mitgenommen. Was sagst Du dazu: eine Person, die Blut spuckt und so aussieht, als wenn sie jeden Tag den Geist aufgeben will!“

Sie schwieg einen Augenblick, dann fuhr sie langsam fort:

„Ueber uns Weibe ist auch genug geredet worden! Du erinnerst Dich, die Pierronne und Andere sagten, ich hielt es mit Dir. . . Mein Gott, später, nach dem Tode meines Mannes hätte das sehr wohl kommen können, wenn ich jünger gewesen wäre; aber heute ist es mir doch lieb, daß zwischen uns nichts vorgefallen ist; es würde uns nachträglich leid thun.“

„Ja, es würde uns leid thun,“ antwortete er einfach.

Das war Alles. Sie sprachen nicht mehr. Die Fahrkunst wartete. „Ihr werdet Strafe zahlen; macht schnell!“ rief man ihr zu. Sie reichte ihm die Hand. Er war sehr bewegt. Er blickte noch einmal die arme, abgearbeitete, bleiche Frau an, mit dem farblosen Haar, das unter der Haube hervorblickte, mit dem formlos gewordenen müden Körper. Und in ihrem letzten stummen Händedruck fand er wieder das Lebewohl der Kameraden, das ihm Rendezvous gab für jenen Tag, wo man wieder anfangen wird. In ihren Augen leuchtete eine feste Zuversicht; er verstand:

„Auf baldiges Wiedersehen,“ sagte der Druck ihrer Hand, „und dann wird's der letzte entscheidende Streich sein.“

„Welch eine verwünschte Faulenzlerin!“ rief Pierron.

Sie wurde zur Förderschale gedrängt, stellte sich mit vier Kindern in einen Karren; man zog die Signalleine: der Aufzug hatte sich los, fiel in den Schacht hinab; das Seil glitt ihm nach.

Stephan verließ die Grube. Unter'm Sortirschuppen sah er Jemand, die Beine vor sich hingestreckt, in einem Haufen Kohle sitzen. Es war Jeanlin, der dort arbeitete. Er hielt einen Bloch Kohle zwischen den Knien und reinigte

ihn, mit einem Hammer klopfend, von dem anhaftenden Schiefer. Eine Wolke feinen Kohlenstaubes umhüllte ihn; Stephan würde ihn nicht erkannt haben, wenn der Bursche nicht sein spitzes Gesicht mit den absteigenden Ohren und den grün schimmernden Augen zu ihm emporgestreckt hätte. Der Junge lachte, zerbrach mit einem starken Pies seinen Bloch und verschwand in dem rufschwarzen Staub.

Stephan schritt auf die Straße hinaus; allerhand Gedanken befüllten ihn. Aber die frische Luft, der freie Himmel erfüllten ihn mit wohligerem Gefühl und er athmete mit Lust. Die Sonne erschien mit mächtiger Strahlenkrone am Horizont; ein goldiger Strom rollte von Osten nach Westen über die immense Ebene. Ein warmer lebender Hauch zog durch die Luft; die Fluren erwachten mit Vogelklang und Duellengemurmel. Die alte Welt will noch einen Frühling leben.

Stephan ging langsamen Schrittes, die Augen rechts und links in das lächelnde Bild der jungen Jahreszeit verloren. Er dachte an sich: er fühlte sich stark, gereift durch die harte Schule in der Grube; seine Erziehung war beendet, er zog gewappnet hinaus, ein Soldat der Revolution, welcher der Gesellschaft, die er verurtheilt, den Krieg erklärt hat. Die Freude, Blüthart zu finden, wie jener ein Redner zu werden, dem Laufende lauschen, flöhte ihm Neben ein, deren Phrasen er arrangirte. Er dachte daran, sein Programm zu erweitern. Das Studium, welches ihn aus seiner Klasse gehoben hatte, riß ihn zu noch unerbitlicherem Haß gegen das Bürgerthum hin. Er wird die Arbeiter mit einem Glorienschein umgeben, wird sie als die einzig Großen, als die einzig Reinen, Sündlosen darstellen, als die wirkliche Noblesse, die echte Kraft, in welcher die Menschheit sich läutern muß. Schon sah er sich auf der Tribüne, stieg an der Spitze des Volkes von Triumph zu Triumph.

Eine Verge hoch oben in der Luft ließ ihn die Blicke

Korrespondenzen.

New-York, 3. Januar. Vorige Woche fand hier eine Konvention von jüdischen Arbeiter-Organisationen statt. Vertreten waren 17 solcher von hier, sowie einzelne aus Carmel N.Y., Baltimore, Newark N.J., Cincinnati, Denver Col., Boston, Chicago, Philadelphia. Die Gesellschaft war eine etwas „gemischte“, was sich aus den Reden hervorhebt, mit denen der Saal ausgestattet war. Man sah da: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, „Es lebe die soziale Revolution!“, „Kein Gott und kein Herr!“, „Wenn ich sage: allgemeines Stimmrecht, meine ich: Revolution!“ u. s. w.

Von den 47 Delegaten, welche 31 Organisationen vertraten, besteht ungefähr die Hälfte aus Anarchisten. Dies findet seine Erklärung darin, daß die Konvention von einer aus solchen bestehenden Organisation hier, „Pioniere der Freiheit“, einberufen wurde, so daß die anarchistischen Organisationen sich nach Möglichkeit beteiligten, während die übrigen, besonders außerhalb, sich zum größten Teil fernhielten.

Was der Konvention übrigens einen wesentlichen andern Charakter gab, als man ihn auf amerikanischen Arbeiterkonventionen in der Regel findet, — das lag in dem Kongreß der Föderation der Labor — das ist das Fehlen des „konservativen“ Elementes, das noch von dem alten Aberglauben der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ zehrt. Infolge dessen gab auch kein Rabbiner seinen Segen, und es fand keine „Anwartschaft“ seitens irgend eines Prominenten statt.

Der Arbeiter der einladenden Organisation erklärte den Zweck der Konvention dahin, daß es bei dem rapiden Wachsen der jüdischen Arbeiterbewegung als eine Nothwendigkeit erscheine, ein Organ für dieselbe zu schaffen. Ein einseitiger Versuch seiner Organisation, ein solches einzuführen, indem die anarchistische „Wahheit“ von derselben herausgegeben wurde, habe sich als Fehlschlag erwiesen, und so sei man zu der Ueberzeugung gelangt, daß nur ein unparteiisches Arbeiterblatt Aussicht auf Erfolg habe. Die Zeitungsfrage wurde auf Empfehlung des Delegaten als erster Punkt der Tagesordnung genommen, und zwar in folgender Weise zerlegt: a. die Nothwendigkeit einer Arbeiterzeitung in jüdischer Sprache, b. ihre Richtung, c. Verwaltung und d. die Mittel zur Herausgabe. Der erste Punkt machte keine Schwierigkeiten, sondern wurde einstimmig anerkannt.

Was die „jüdische Mundart“ betrifft, so bedarf die Sache einiger Aufklärung. Es wurde s. Z., als man in New-York die erste jüdische Arbeiterzeitung gründete, ebenfalls der jüdisch-deutsche Jargon der russisch-deutschen Juden — eine ganz erschreckliche „Sprache“! — für das Blatt bestimmt, was eine Polemik in der übrigen Arbeiterpresse hervorrief, indem darauf hingewiesen wurde, daß es von unserem Standpunkte aus richtiger sei, die betreffenden Leser zu gewöhnen, eine „ordentliche“ Sprache zu lesen. Es wurde dem gegenüber aber geltend gemacht, daß die große Masse der russisch-deutschen jüdischen Arbeiter nur jenen Jargon, und zwar in hebräischer Sprache, zu lesen vermöge, da sie in der alten Heimath keine andere Lesart hatten. Um also denen, welche noch nicht der englischen Sprache mächtig sind, sowie dem steten Nachwuchs von drüben Aufklärung zu bieten, bleibe nichts anderes übrig, als ihnen dieselbe in der ihnen einzig verständlichen Weise zu verabsolgen.

Bezüglich des zweiten Punktes, der Richtung des Blattes, ging die Sache weniger glatt ab, oder vielmehr scheiterte sie vollständig. Ein Delegat beantragte, eine freie Plattform anzunehmen, welche alle revolutionären Artikel, ganz gleich welcher Tendenz, zuläßt. Die Redaktion soll einem Mitgliede der (anarchistischen) „Pioniere der Freiheit“ und einem solchen der jüdischen Sektion der sozial. Arbeiterpartei übergeben werden, da diese anerkannter Weise die fortgeschrittensten Organisationen sind. Dagegen wurde geltend gemacht, daß es ungerathen wäre, das Recht der Wahl eines Redaktions-Komitees zwei kleinen Organisationen zu übergeben, während die Pflichten zur Unterstützung der Arbeiter gleichmäßig unter alle Arbeiter-Organisationen vertheilt werden. Es habe auch keinen Sinn, eine ganz unparteiische Plattform anzunehmen; die nächstliegende Ahsifunden-Bewegung fordere durchaus eine bestimmte Stellung, ganz besonders in Anbetracht des niedrigen Entwicklungsgrades der jüdischen Arbeiter, die nicht im Stande sind, selbständige Kritik zu üben, und in deren Köpfen eine Polemik in den Spalten derselben Zeitung eine ungeheure Konfusion hervorrufen würde. Eine Anzahl Delegaten machten geltend, daß es den Gegnern der Ahsifunden-Bewegung nicht verwehrt werden könne, auch während der Bewegung ihre Meinungen in den Spalten der Zeitung auszusprechen. Wenn Einer die Ahsifunden-Bewegung für schädlich hält, sei eine solche Bewegung der geeignetste Moment, dagegen aufzutreten. Derselbe Taktik befürworteten sie auch für etwaige Streiks, Boykotts oder eine politische Kampagne. Andere Delegirten erklärten dagegen, es sei ein Unbath, in den Spalten ein und derselben Zeitung entgegengesetzte Ideen zu predigen. Es wäre ein Verbrechen, die

erheben. Kleine rosige Wölckchen, die letzten Rebel der Nacht verflüchteten sich in das durchsichtige Aetherblau.

Er dachte an Raffener und Souvarine. Gewiß, Alles geht schlecht, wenn Jeder die Herrschaft für sich haben will. So ist diese mächtige Internationale, welche die Welt umwälzen sollte, elend zu Grunde gegangen; ihre große Armee hat sich im Kampf der Parteien, im eifersüchtigen Rangstreit der Führer zersplittert. Sollte Darwin Recht haben: wird die Welt nie etwas Anderes sein, als eine ewige Wahlstatt, wo der Starke den Schwachen verzehrt zur Veredelung und zum Fortbestand seiner Rasse? Diese Frage beunruhigte ihn; aber sein sich selbst genügendes Wissen zuckte die Achseln. Ein plötzlicher Gedanke zerstreute seine Zweifel und erfüllte ihn mit großer Freude: Er wird die Theorie Darwin's zum Gegenstand seiner ersten Rede machen. Wenn eine Rasse von einer andern verzehrt werden muß, liegt es da nicht auf der Hand, daß das kraftvolle Volk das durch Wohlleben verweichlichte entnerote Bürgerthum vernichten muß? Neues, frisches Blut wird eine neue Gesellschaft gründen; das morsche Gebäude wird zusammenbrechen, zertrümmert von der Revolution der Zukunft, der echten, der Revolution der Arbeiter, deren Brand das Ende des Jahrhunderts mit blutigem Schein begrützen wird, sowie die Sonne jetzt über Stephan's Haupt purpurn den Himmel färbt.

Er blickte über die Felder und erkannte die Gegend. Dort bei der Fourche-aux-Voeurs hatte er sich an die Spitze der Menge gestellt, als sie verpehend von Grube zu Grube gezogen. Heute war die schwere, schlecht bezahlte Arbeit wieder aufgenommen worden. Er glaubte deutlich die regelmäßigen dumpfen Schläge der Hauen, siebenhundert Meter tief durch den Erdboden heraufklopfen zu hören. Die Kameraden sind's, welche er vorher hatte einfahren sehen. Sie waren besetzt, hatten ihre Habe verloren, hatten Lobie betrauert. Aber Paris wird die Klintenschiffe des Voreuz nicht vergessen; durch die unheilbare Wunde wird das Blut des Kaiserreichs verfliegen. Mag die industrielle Krise beendet werden, mögen die Fabriken eine nach der andern wieder öffnen — der Krieg bleibt erklärt, der Friede ist hinfertig unmöglich. Die Kohlenmänner haben sich gezählt, haben ihre Kraft erprobt, haben mit ihrem rührenden Schrei nach Gerechtigkeit die

Ahsifunden-Bewegung vom 1. Mai, die eine Lebensfrage für alle organisierten Arbeiter Amerikas sein wird, zum Gegenstand „spekulativer Philosphie“ zu machen. Ob die Konvention Räheres über die Zeitung bestimmen, müsse sie selbst zu einem Beschlusse kommen, denn nur mit klaren Prinzipien könne man als Lehrer vor die Arbeiter treten. Sie schlugen darum eine gemeinsame Plattform vor, welcher folgende Stelle aus dem „kommunistischen Manifest“ zu Grunde liegen sollte: „Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen, sondern unterstützen alle Kämpfe der Proletarier.“ — Der ganze folgende Tag wurde durch die Debatte über diesen Gegenstand in Anspruch genommen; die Beratungen zogen sich hauptsächlich aus dem Grunde so in die Länge, weil die Mehrzahl der Delegaten keine Ahnung von parlamentarischen Regeln hatte. Anarchisten und Sozialisten gerietten immer heftiger aneinander, die endliche Abstimmung ergab 21 Stimmen für den von Sozialisten gestellten Antrag und 20 dagegen. Da die Führer der ersteren einsahen, daß unter den eroberten Umständen ein einmüthiges Handeln nicht zu erwarten sei, so schlugen sie vor, die Konvention zu verlassen und eine zweite zu eröffnen. Dem wurde aber zunächst keine Folge gegeben, sondern eine aus je drei Mitgliedern der beiden Gruppen bestehende Kommission gewählt, welche den Versuch machen sollte, sich über weitere Vorschläge bezüglich des Zeitungs-Unternehmens zu einigen. Diese kam aber ebenso wenig zu einem Resultat, wie die Konvention selbst, und so brachen die sozialistischen Delegaten auf, um eine separate Konvention abzuhalten. Auf dieser wurde beschlossen, eine sozialistische Zeitung herauszugeben, welche die Bestrebungen aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterorganisationen unterstützen sollte. Zu diesem Zwecke soll eine Subskription eröffnet werden, und das Blatt erscheinen, sobald 1000 Abonnenten gesichert sind. — Ausser einer Organisation (in Carmel) waren auf der Separatkonvention nur New Yorker Organisationen vertreten, während die übrigen auswärtigen Delegaten mit den New-Yorker anarchistischen Kollegen weiter tagten. Erstere vertraten fast ausschließlich ebenfalls anarchistische Organisationen. Es wurde gleichfalls die Herausgabe einer Zeitung beschlossen, welche die Pflicht habe, jede Organisation der Arbeiter, die sich im Kampfe gegen das Kapital befindet, zu unterstützen. Von einer nationalen Organisation wurde Abstand genommen, da eine solche unnötig sei, da auch bisher durch einfache Rundgebung zwischen den einzelnen Organisationen dasselbe Resultat erzielt worden sei. Bis zum Erscheinen des Blattes wurde die Lesart des Londoner „Arbeiterfreund“ empfohlen.

Daß es von größter Wichtigkeit ist, die jüdischen Arbeiter aus dem Sumpfe ihrer Unwissenheit und Vorurtheile zu ziehen, liegt auf der Hand, wenn man bedenkt, in welchen Massen dieselben im letzten Jahrzehnt eingewandert sind, um hier bei fast unbegrenzter Arbeitszeit und den niedrigsten Löhnen ein elendes Dasein zu fristen und damit in ganz empfindlicher Weise auch auf die Verschlechterung der Lebenslage anderer Arbeitergruppen zu wirken.

Die große Masse der jüdischen Arbeiter ist noch wenig von dem „Hauch der neuen Zeit“ berührt und hängt vollständig am Schnürchen der Rabbiner. Desto erfreulicher ist es, daß immerhin ein bedeutender Theil vollständig mit den Ueberlieferungen gebrochen hat und mit rastlosem Eifer an der Aufklärung der Rassen- und Klassengenossen arbeitet.

Politische Uebersicht.

Johannes Wedde †. Wie uns telegraphisch gemeldet wird, ist gestern Mittag 12 Uhr der in den Arbeiterkreisen bekannte und beliebte Schriftsteller Johannes Wedde in seinem Zufluchtsort Lübeck im besten Mannesalter gestorben. — Diese Trauerbotschaft wird für alle unsere Freunde ebenso betäubend und überraschend sein, als sie es uns war. — Wedde wurde auf Grund des Belagerungszustandes ausgewiesen, nachdem die von ihm herausgegebene „Bürgerzeitung“ auf Grund des Sozialisten-Gesetzes verboten wurde. — Er verlegte hierauf sein Domizil nach Lübeck und gab von hier aus das jetzt in Hamburg erscheinende „Hamburger Echo“ heraus. Die Hamburger Arbeiter haben den Verstorbenen für den 3. Hamburger Wahlkreis als Kandidaten aufgestellt. Mit ihm verlieren die Arbeiter einen begabten, aufherzigen Menschenfreund und Wirkkämpfer, dessen Andenken sie stets in Ehren halten werden.

Die Festsetzung der Neuwahlen für den Reichstag auf Donnerstag, den 20. Februar macht außer anderen 3 wesein auch dem ein Ende, ob der jetzige Reichstag ein natürliches

Arbeiter ganz Frankreichs wach gerufen. Ihre Niederlage beruhigt Niemand und täuscht Niemand. Selbst die Bürger von Montsou bliden nach Befiegung des Streiks mit unbehaglichem Angstgefühl hinter sich, als fürchten sie, daß in diesem großen Schweigen, in dieser Ruhe nach dem Kampf doch vielleicht ihr unvermeidliches Ende schlummerte. Sie ahnen, daß es wieder beginnen muß, morgen vielleicht — beginnen mit einem immensen allgemeinen Streik in einträchtlichem Zusammenhalten aller Arbeiter, welche, mit Hülfskräften ausgerüstet, monatelang Widerstand leisten, wenn sie von Wasser und Brot leben. Dießmal war's nur ein Hieb gewesen, den die Ruine der Gesellschaft empfangen, der den Boden unter ihren Füßen erzittern gemacht; aber andere kräftigere Stöße werden das alte Gebäude zertrümmern und in den Abgrund reißen, wie den Voreuz.

Er bog links auf den Weg nach Sosselle. Dort, erinnerte er sich, hatte er das Volk verhindert, nach Gaston Marie zu ziehen. In der Ferne erblickte er im klaren Sonnenschein die Thürme anderer Gruben, Mirou rechts, dann die Magdalen und Ervecoeur dicht neben einander. Ueberall wird gearbeitet, überall von einem Ende der Ebene zum andern lönt's dumpf aus dem Boden heraus. Hier und da und dort klopft's leise; unter den Felsern, unter den Wegen, unter den im Scheine der Sonne lagenden Dörsern poch't's in der unterirdischen Galeere, auf der all die Riesenmassen Feld und Stein so schwer lastend drücken, daß man die gequälten Schmerzschreier nur vernimmt, wenn man die Armen dort unten weh't.

Er dachte an ihr Zerflörungswert in den Minen. Zerschnittene Seile, zerrissene Schienenwege, zerbrochene Lampen — welch ein unnützes Treiben, welch kleine That eines Volkes von Dreitausend, das im Revolutionsschritt das Land durchmüht. Wie anders fürchtbar und gewaltig wird einst der große Racheakt der Gerechtigkeit werden. Stephan war besonnener geworden und ruhiger; der revolutionäre Ungestüm, der lärmend wüthet, ohne reifen Plan und ohne Gedanken, schien ihm eine übermüdete Kinderkrankheit. Die Naheude mit ihrem gesunden Urtheil hatte Recht, wenn sie gefagt, man solle sich in der Stille zusammenthun, sich kennen lernen, Syndikate bilden, wenn es die Gesehe erlauben, und dann, wenn man einig und

Ende finden werde oder nicht. Wenn die Regierung die Möglichkeit einer Auflösung wegen des Sozialistengesetzes wirklich in Auge hätte, so würde, meint die „Voss. Zig.“, die schon sich erfolgte Aberäumung des Wahltermins zu einem nach Lage der Umstände so unerwarteten Termin wohl kaum erfolgt sein. Es ist bis jetzt noch nicht abzusehen, wann die entscheidende Abstimmung über das Sozialistengesetz im Reichstag fallen wird. Wenn dies, was sozial unmöglich, erst nach Wochen geschieht, so würde die Frist bis zum 20. Februar der Regierung zur Leitung des Wahlkampfes unter der Parole des Ausnahme-gesetzes viel zu kurz bemessen sein. Sobald der Tag der Neuwahlen einmal öffentlich bekannt ist, beginnt im ganzen Reiche der Aufmarsch der Parteien, der aber nicht nach Gesichtspunkten erfolgen kann, die vorläufig noch keine inhaltliche Bedeutung haben. Der alte Reichstag wird also sehr wahrscheinlich kein vorzeitiges Ende finden, und die Frage des Sozialistengesetzes wird, selbst wenn sie seinem Nachfolge zu lösen vorbehalten bleibt, von der Regierung nicht zu einzigen Standarte für die ihr folgenden Massen gemacht werden. Noch ein anderer Schluß aus dem Datum des Wahltermins scheint sich mit ziemlicher Gewißheit zu ergeben. Da nach der Verfassung eine Nothigung nicht vorlag, die Neuwahlen vor dem Herbst stattfinden zu lassen, so bekräftigt der jetzt trotzdem gewählte Februartermin auch die Vermuthung, daß die Regierung mit einer Frühjahrsession des neuen Reichstags rechnet. Dieser sind die Reichstagswahlen überwiegend im Herbst vollzogen worden, weil diese Zeit der Regierung am bequemsten ist. Die Ernte und sonstigen landwirthschaftlichen Verrichtungen sind dann beendet, die Reisefreit ist vorüber, feibes Umstände, durch die Elemente für die Arbeit verflüßbar werden, auf welche die Regierung mehr Verlaß zu legen pflegt als die Opposition. Auch der Fall, daß nach Ablauf einer Reichstagsperiode mehrere Monate lang kein Reichstag vorhanden wäre, würde kein Novum gewesen sein. Als Ende 1881 das Mandat des damaligen Reichstags erlosch, folgten die Neuwahlen erst gegen Ende Oktober, so daß vier Monate lang die Berufung eines Reichstages unmöglich war. Nur die Nothwendigkeit, der Etat rechtzeitig festzustellen, übt verfassungsmäßig einen Zwang auf die Aberäumung der Neuwahlen aus. Was über diesen Zwang hinausgeht, beruht nicht auf staatsrechtlichen, sondern auf politischen und Zweckmäßigkeitsgründen. Diese Zweckmäßigkeitsgründe müssen im vorliegenden Falle besonders wichtig erschienen sein; man würde sonst nicht eine Anordnung getroffen haben, durch welche, abgesehen von dem Rest der Reichstagsarbeiten, auch die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses wohl oder übel in den Dienst der Wahlorganisation gestellt werden. Die schon bis dahin kaum zu erreichende Beschlussfähigkeit des alten Reichstags wird durch den jetzigen Wahltermin auf eine harte Probe gestellt. Erfahrungsmäßig hält der größere Theil der Abgeordneten während der Wahlbewegung seine Anwesenheit im Wahlkreise für weit wichtiger als im Reichstage, und wenn die Wänke des letzteren schon vor Weihnachten vor Veere gähnten, so wird sich dieser Uebelstand für den Rest der Tagung nicht nur steigern, sondern auch nach Verhältnis der Doppelmandate sich auf das Abgeordnetenhause übertragen.

In der Ausdehnung der Reichstagswahlen bemerkt die „Voss. Zig.“: „Es scheint, daß man zunächst das größte Gewicht darauf gelegt hat, die Möglichkeit der zeitigen Einderung des Reichstages sicher zu stellen, und daß man andererseits darauf verzichtet hat, während des Restes der gegenwärtigen Tagung noch das Sozialistengesetz zu Stande zu bringen. Es wird vielmehr alle Kraft darauf zu verwenden sein, jetzt den Etat fertig zu stellen und die Dampferverträge durchzuberathen, worauf alsdann wohl die Auflösung des Reichstags folgen dürfte.“ Das letztere ist unrichtig; da das Mandat des Reichstages am 20. Februar, also am Wahltage abläuft, so ist eine Auflösung durchaus überflüssig. Derselbe hätte sonst auch der Ausschreibung der Wahlen vorgezogen werden müssen.

Vertreter der Berliner Blumen- und Plätter-Industrie haben an das preussische Abgeordnetenhause eine Petition gerichtet, betreffend die Aufhebung der Fabrikations-künstlicher Blumen und Plätter in den preussischen Straf-anstalten. In der Petition wird beantragt, daß in den Straf-anstalten die bezüglichen Arbeitskräfte dem Unternehmer so weit entzogen werden, wie es gegenwärtigen Verträge gestattet, und daß nach Ablauf derselben die Fabrikation künstlicher Blumen und Plätter in den Straf-anstalten, als mit dem Bestehen der Industrie unvereinbar, dauernd aufgehoben werde.

Geförderung. Der Staatsanwalt Dr. Schulze-Bedinghausen in Bochum ist zu der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt a. M. versetzt worden. Herr Schulze hatte, wie kürzlich mitgeteilt wurde, in einem Rundschreiben an die Bürgermeister und Amtsanwälte des Bezirkes der Strafsanwaltschaft zu Bochum die Lehre aufgestellt, daß die an eine Grubenverwaltung unter Androhung eines Ausstandes im Ablehnungsfalle gerichtete Aufforderung, die Arbeiterpersone

stark, wenn eine Million Arbeiter ein paar tausend Faulenzern gegenüberstehen, dann die Nacht ergreifen und die Herren sein! Welch ein Auserstehungsgefühl der Wahrheit und Gerechtigkeit! Wie wird der Götze des Kapitals, dieser verstockte Bielfraß, der sich mit dem Fleische der Armen gesättigt, zusammenbrechen in Staub und Nichts!

Stephan verließ den Weg von Vandame und bog auf die Landstraße ein. Rechts lag Montsou am Abhang des Hügel, ihm gegenüber die Ruine des Voreuz, das verwünschte Loch, welches drei Pumpen Tag und Nacht zu erschöpfen versuchten. Am Horizont blickten die Diktore, Saint-Thomas, Feutry-Cantel; im Norden ragten die schlanken Ramine der Hochöfen; die Coalsbatterien verträucherten qualmend die Klarheit des Firmaments.

Wenn er den Zug nicht veräumen wollte, mußte er sich beeilen; denn er hatte noch sechs Kilometer zu marschieren.

Und unter seinen Füßen klopften immer noch unabläßig die fleißigen Hauen. Alle Kameraden waren dort, begleiteten seine Schritte mit dem grüßend mahnenden Loh. War das nicht die Raufende, deren Leuchten der Ribem dort unter dem Zuderränselnd mit dem Rechen der Ventilatoren stöhnt? Links, rechts, weiter drüben glaubte er andere Kameraden zu erkennen; unter dem Kornfeld, unter den Hecken, unter den jungen Bäumen pochte es leiz.

Jetzt suchete die Aprilsonne hellglänzend am Himmel, das Land wärmend und befruchtend. Leben entsproß rings der fruchtbaren Mutter Erde; die jungen Blattsprossen brachen in zartgrüne Kelche auf; die Felder erzitterten von dem Drängen der Saat; keimend quoll's, barft den gelockerten Boden, durstend nach Licht und nach Wärme, säufend durchzog's die Gefilde, wie ein heimlich jätliches Ruß.

Und immer und immer pochten die Kameraden, deutlicher, näher dem Boden. Unter dem flammenden Licht der Sonne quoll es dämmernd empor in diesen jugendfrischen Morgen des Reimmonats. Männer wuchsen dort unten, ein schwarzes Raufhaar leimte unter den Fluren für die Ernte des nächsten Jahrhunderts; bald wird es aufbrechend den Boden sprengen.

a u f z u
nehmen,
stelle, u
mitzuei
bliden,
einen se
kreis. S
Welleich
Reichs z
An
bez. an
richti de
Schrift:
dem: zu
und wü
Wohlau
Ihrer Be
einer wi
selbe ist
abschließ
wenn a
leit d
Stimmge
Partei
bisweil
teien ein
wendung
gestellt,
sallet we
haben ne
ausgeh
wirkliche
können i
Stand g
teien i
sondern
Die Wä
Kandida
ach die
halb S
Wahlter
g e m e
welchen
zuwehö
woben i
sende je
treter.
lumen
selbstver
nach ihre
ihrezeit
lungen.
ind, un
Rebetei
Kandida
der hier
— erst
persönlic
mit Sid
Uebung
Jadem
uns we
Borichl
hochacht
A. W.
Angere
München
Für
Dierve
Fleisch
antragt.
besondere
das Gef
mandte
Gente-
zu Jitar
Reimere
diktieren
Auch an
schlicher
Reichsta
toren für
Materiä
innung
An
Jahres
während
des Str
Deutsch
und mo
wegen l
43 und
gewe
Ausmer
wegen e
Paragra
werden.
teu nach
Schweiz
(23), 25
sowie je
Ein Aus
unlande
ausgewi
geboren.
Wolfrin
Im
nicht beh
Neuem
Rechtin
reis auf
50 pSt.
sicht, S
berathu
einberufe
Ein
Seip: un
Regierun
nummer
ber Jaw
Rande
Sozialde
sei. Uni
jämmerl
Wahlau
W.
Rimmen,
ob das
schreie
Bal
allerdin
„verhän
Streber“
Dob
tenbe S

aufzuheben und die entlassenen Arbeiter wieder anzunehmen, den Zehntelbestand der versuchten Erpressung darzustellen, und diese Lehre den Polizeiverwaltern zur Beachtung mitzuteilen. In der Versetzung ist eine Beförderung zu erblicken, denn Herr Schulze kommt in eine größere Stadt, in einen seiner „Befähigung“ angemessenen größeren Wirkungskreis. Herr Schulze hat sicherlich das Recht, Karriere zu machen. Vielleicht wird er noch einmal Tesendorff's Nachfolger am Reichsgericht.

In die Wahlausschüsse sämtlicher Parteien in München bzw. an die Zeitungen der dort bestehenden politischen Vereine, richtet der Wahlausschuss der Sozialdemokratie nachfolgende Zuschrift: „Von dem Bestreben geleitet, der beginnenden Wahlbewegung, bei aller Schärfe der Parteizugehörigkeit, ein sachliches und würdiges Gepräge zu geben, erlaubt sich der unterzeichnete Wahlausschuss der Sozialdemokratie nachfolgende Vorschläge Ihrer Beschlußfassung zu unterbreiten: 1. Eine Grundbedingung einer wirklich freien Wahl bildet das Wahlgeheimnis. Dasselbe ist eine gesetzliche Einrichtung, wird aber nicht selten — absichtlich oder unabsichtlich — dadurch beeinträchtigt, wenn nicht ganz aufgehoben, daß die Verschiedenartigkeit der von den verschiedenen Parteien gebrauchten Stimmzettel sofort äußerlich erkennen läßt, für welche Partei der Wähler stimmt. Um das Wahlgeheimnis diesmal wirklich sicherzustellen, sollen sämtliche hiesigen Parteien einen völlig gleichartigen Stimmzettel zur Anwendung bringen, d. h. derselbe soll von gleichem Papier hergestellt, gleich groß geschnitten und in der gleichen Weise gefaltet werden. 2. Die von einer Partei gewonnenen Stimmen haben nur dann einen wirklichen, über den Tageserfolg hinausgehenden Wert, wenn die Wähler ihr wichtiges Recht in wirklicher Kenntnis der Dinge ausüben. Diese Kenntnis können die Wähler aber nur dann erlangen, wenn sie in den Stand gesetzt werden, die Behauptungen der verschiedenen Parteien nicht bloß aus einseitigen gegnerischen Berichten, sondern durch eigenes Sehen und Hören kennen zu lernen. Die Wähler sollen selbst jeden der um ihre Stimme werbenden Kandidaten seine Anschauungen entwickeln hören und sodann auch die Einwände seiner Mitbewerber vernehmen. Deshalb soll neben den bisherigen ausschließlichen Parteivahlerwerbungen eine beschränkte Anzahl von großen All-Parteierversammlungen stattfinden, zu welchen alle Wähler ohne Rücksicht auf ihre sonstige Parteizugehörigkeit Zutritt haben und in welchen sämtliche Kandidaten auftreten. In die Leitung dieser Versammlungen entsende jede der selbstständig auftretenden Parteien je einen Vertreter. Was die neben diesen Allgemeinen Wählerversammlungen stattfindenden Parteiversammlungen betrifft, so ist es selbstverständlich das unbedingte Recht jeder Partei, dieselben nach ihrem Belieben bzw. ihren Grundfragen einzurichten und sie zugänglich zu machen, wenn sie will. Die Sozialdemokratie übertrifft nicht im Voraus die Erklärung, daß ihre Versammlungen, ohne jede Ausnahme, jedem Wähler zugänglich sind, und daß in ihnen jedem, Freund und Gegner, volle Redefreiheit gesichert ist; insbesondere sind die gegnerischen Kandidaten ein für allemal höflichst eingeladen. 3. Angesichts der hier in München hiesig — mit einer einzigen Ausnahme — einerlei Weise stattgehabten Uebung, vom Wahlsamstag persönliche Angriffe möglichst fernzuhalten, dürfen wir wohl mit Sicherheit Ihre Bereitwilligkeit annehmen, gleich uns diese Uebung auch für die jetzige Wahlbewegung fortzudauern zu lassen. Zudem wir Ihrer gefälligen Rückäußerung entgegenzusehen und uns wegen der Einzelheiten der Ausführung der gemachten Vorschläge zu weiteren Unterhandlungen bereit erklären, zeichnen hochachtungsvollst Der Wahlausschuss der Sozialdemokratie: A. Mühlbauer, F. Giese, J. Ludwig, J. R. Göhl, A. Angermair. Die Kandidaten: Georg Duf. Georg v. Vollmar. München, den 10. Januar 1890.

Für die Schaffung der Schweine-Einfuhr aus Österreich-Ungarn nach Jütland sich zu verwenden, hatte die Fleischernnung in Jütland bei der dortigen Handelskammer beantragt. Nach dem jetzt vorliegenden Sitzungsbericht sind es besonders Kartellbrüder gewesen, welche bei der Handelskammer das Gesuch der Fleischernnung befürwortet haben. So veranlaßte sich insbesondere der kartellparteiliche Kommerzienrat Henke-Reulendorf dafür, daß dem Gesuch der Fleischernnung in Jütland entsprochen werde, weil durch das Vorgehen der Regierung außerordentlich viel böses Blut gemacht worden sei. Auch andere Führer der Kartellpartei aus dem 1. und 2. schlesischen Wahlkreis, wo man dem Ausgange der nächsten Reichstagswahl mit besonderer Furcht entgegenzusehen scheint, traten für diesen Antrag ein und schließlich wurde mit großer Majorität beschloffen, nochmals im Sinne der Jütland Fleischernnung beim Reichskanzleramt vorstellig zu werden.

Ausgewiesene Ausländer. Nach den im Laufe des Jahres 1889 veröffentlichten amtlichen Bekanntmachungen sind während dieses Jahres auf Grund der §§ 39 und 362 des Strafgesetzbuchs insgesamt 583 Ausländer aus dem Deutschen Reich ausgewiesen worden (gegen 636 im Jahre 1888) und zwar wurde die Ausweisung verfügt auf Grund des § 39 wegen schweren Diebstahls, Diebstahls, Ruppelrei etc. gegen 43 und auf Grund des § 362 wegen Landstreichens, Bettelns, gemeinbühiger Ue-zucht etc. gegen 535. Während im Jahre 1888 Ausweisungen auch auf Grund des § 284 des Strafgesetzbuchs wegen gewerdmäßigen Glückspiels erfolgt waren, brauchte dieser Paragraph im Jahre 1889 nicht zur Anwendung gebracht zu werden. Von den Ausgewiesenen waren ihrer Ortsangehörigkeit nach: 347 Oesterreicher (gegen 353 im Jahre 1888), 54 Schweizer (60), 46 Russen (60), 39 Franzosen (58), 29 Italiener (22), 25 Niederländer (24), 13 Luxemburger (8), 8 Belgier (15), 8 Dänen (9), 4 Siguner (4), 3 Engländer (2), 2 Schweden (5) sowie je 1 Spanier (1), Rumäne (1), Australier und Regier. Ein Ausgewiesener war ein Preuze, der mit einer Entlassungskarte aus dem Staatsverbande ausgewandert war. Der ausgewiesene Regier war zu Panama am Rongo in Westafrika geboren. Unter den ausgewiesenen Franzosen waren 6 elsässisch-französische Optanten.

Im Ruhrkohlenrevier beginnt es nach einer allerdings nicht bekanteten Meldung des „Rl. Journ.“ aus Essen von Neuem zu gähren. Auf der Zeche „Schlagel und Eifen“ bei Recklinghausen seien die früher angekündigten Forderungen bereits aufgestellt worden. So namentlich eine Lohnerhöhung um 50 Pct., achtstündige Schicht einschließlich der Ein- und Ausfahrt, sowie Zuziehung von Arbeiterdeputierten bei Lohnberechnungen. Für die nächsten Tage wurden Versammlungen einberufen, in welchen diese Punkte erörtert werden sollen.

Einem letzten Augenblick haben die Gelehrten der Leipziger Zeitung, des amtlichen Organs der sächsischen Regierung, geholt. Sie schreiben in der letzten Sonnabendnummer des genannten Blattes, daß für die Sozialdemokratie der Zuwachs an Stimmen wichtiger sei, als ein Zuwachs an Mandaten — daß also der Jubel über die Niederlagen der Sozialdemokraten bei der vorigen Wahl sehr übertrieben gewesen sei. Und schließlich gelangen die Herren nach einer lagen-ammerlich-inflanzarischen Betrachtung über die gegenwärtigen Wahlaussichten zu folgender philosophischer Schlussbetrachtung: „Was — jetzt — geleistet wird, könnte tief traurig stimmen, wenn dabei nicht ein Trost wäre — der nämlich, daß das Volk gemeinhin verständig ist als seine Zeitungs-schreiber und die politischen Streber.“

Wahrhaftig den Nagel auf den Kopf getroffen! Es wäre allerdings zum Verzweifeln, wenn das deutsche Volk nicht verständig wäre als die Zeitungsschreiber und politischen Streber der Leipziger Zeitung. Daß aber die Leipziger Anknandsdame eine so vernünftige Selbstkritik übt, erfüllt uns mit mitleidvoller Rührung.

Die Chatschady, daß ein Leipziger Landgerichts-direktor die Reservelieutenants-mäßige „Schneidigkeit“ besitzen hat, einen Rechtsanwalt, der ihn auf der Straße nicht grüße — nein, nicht salutire — zum Duell zu fordern, hat die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf den Duellunfug gelenkt, der in Deutschland mit der zunehmenden Verrohung der Sitten, in immer bedenklicherer Weise um sich greift. Verschiedene Verordnungen aus aller — und in dieser Beziehung allerdings guten Zeit — werden von den Zeitungen aus der geichtlichen Kumpelkammer hervorgezogen. Das wirksamste Mittel gegen diese häßliche Epidemie haben eben seinerzeit die „verkommenen Franzosen“ entdeckt und mit glänzendem Erfolg angewandt. Es war nach den Fitterwochen der „großen Revolution“, als die Anhänger des ancien régime sich zum Widerstand aufzuffassen und u. a. die Vertreter des dritten Standes durch Duelle mit grüßten Raubolden aus der Welt zu schaffen oder wenigstens einzuschüchtern suchten. Die Pariser haben dem Treiben einige Zeit lang ruhig zu, bis sie eines Tages die Gewulst verloren und das Edikt erließen: „Jeder, der einen Patriot zum Duell herausfordert, wird getödtet.“

Und das Dekret wurde sofort ausgeführt. Allerdings handelte es sich nicht um eine religiöse Tausch — sondern um eine durchaus unchristliche, dafür jedoch desto gründlichere Waffertausch. Die „schneidigen“ Aristokraten, die eine Herausforderung ergehen ließen, wurden einfach am Kragen gepödt und in einen Leich — der in dem historischen Garten des Palais Royal war für diese sanitären Zwecke besonders evogve — so lange untergetaucht, bis sie vernünftig waren.

In wenigen Wochen war der Duellunfug vollständig abgewischt, und erst das Napoleonische Sädelregiment führte ihn wieder ein.

Unsere Preigepädagogen könnten der Waffertausch — falls diese bei uns eingeführt würde, — vielleicht noch ein Halb-dugend kräftige Maßzettel auf den hinteren Menschen be-schließen. Für den Erfolg garantieren wir.

Altenburger Polizei. Zu der Mitteilung über die Verhaftung und Verurteilung eines Genossen in Oberbasel, der weiter nichts getan hatte, als ein Hoch auf die Sozialdemokratie auszubringen, wird der „Freie Jg.“ aus juristischen Kreisen geschrieben: Nicht bloß das Verhalten der Altenburger Polizei, sondern auch dasjenige des Amtsgerichts in Rahlha steht in den gesetzlichen Bestimmungen im Widerspruch. § 113 der St.-P.-O. bestimmt nämlich, daß bei Uebertretungen die Untersuchungshaft prinzipiell ausgeschlossen sein soll. Da nun im vorliegenden Falle, die thatsächliche Richtigkeit sämtlicher angeführten Verhältnisse vorausgesetzt, keine einzige der Voraussetzungen vorliegt, unter welchen ausnahmsweise nach § 113 die Untersuchungshaft bei Uebertretungen statthaft sein soll, so müßte eine ernste Justiz in Erwägung ziehen, ob hier nicht der Zehntelbestand des § 336 des St.-G.-B. vorhanden ist. Denn die Thatsache steht doch fest, daß ein Richter einen Staats-angehörigen vorläufig 8 Tage lang in Untersuchungshaft gehalten hat, obwohl das Gesetz in solchem Falle die Inhaftierung verbietet! Mindestens aber müßte § 341 des St.-G.-B. in Betracht kommen. Daran kann, die Richtigkeit aller thatsächlichen Angaben in der betreffenden Notiz vorausgesetzt, nicht ge-zweifelt werden. Deshalb verdient die Sache auch noch eine weitere Verlautbarung.

Sächsische Polizei. Das großherzogliche Bezirksamt in Heideberg soll dem Vorstand des dortigen Wahlvereins aufgegeben haben, eine Kandidatenliste der Mitglieder einzureichen, die nicht nur Vor- und Zunamen derselben, sondern auch Alter, Geburtsort, Konfession, Art der Geburt (ob ehelich oder unehelich) und noch verschiedenes Andere enthalten soll.

Frankreich.

Paris, 10. Januar. Die Blätter fahren fort, an die Regierung das Gesuch zu stellen, sich möglichst bald über die zu verfolgende Politik bestimmen auszusprechen. Die boulangistischen Blätter, wie die „Presse“, glauben, das Kabinett könne sich nicht über ein Programm einigen und eine Minister-kriste siehe bevor. — Lacroix sagt im „Radical“: „Sind die Minister unter einander einig? Bisher hat man die Frage kaum zu stellen gewagt, aber im gegenwärtigen Augenblick läßt sie sich nicht mehr aufschreiben. Die Minister müssen sich jetzt mit Gewissenhaftigkeit über diesen Punkt befragen und antworten. Wenn Einigkeit im Kabinett herrscht, so müssen die Minister klar sagen, worüber und bezüglich welcher Lösungen.“ — Ranc im „Matin“ meint, das Kabinett habe eine große Aufgabe gelöst, das Land gegen den Boulangismus verteidigt, der Ausstellung vorgehanden und die Wahlen überwacht. Jetzt sei aber die Zeit bloßer Vertheidigung vorüber, das Kabinett müsse die Leitung der republikanischen Mehrheit übernehmen, es müsse der allgemeinen und der Wirtschaftspolitik eine bestimmte Richtung geben. Spräche sich die Regierung über diese zwei Punkte unumwunden und unabweisend aus, so werde die Verhandlung mit der Mehrheit sich von selbst machen. Könnte sich das Kabinett nicht einigen, so solle es Veränderungen vornehmen. Eine Umgestaltung eines Ministeriums bei Beginn einer Gesetzgebungsperiode sei keine eigentliche Krisis und könnte für die Zukunft vielen Krisen vorbeugen.

— Der „Soleil“ behauptet, der Premierminister Tirard bringe aus Monte Carlo kein politisches Programm, nicht einmal den Embryo eines solchen mit. Er sei Freihändler, die Kammer sei schutzlos. Im Rathe wollten einige Minister die nationale Arbeit bis auf's Neueste schärfen, andere würden gern alle Zölle abschaffen. Ferner machten verschiedene von Herrn Tirard's Kollegen Ansprüche auf das Präsidium im Rathe und wollten ihn von seinem Posten verdrängen. Das Kabinett sei ein Vermächtniß der alten Kammer und ganz zufällig aus dem verschiedensten Elementen zusammengesetzt worden, um den Wahlen vorzustehen. Diese Aufgabe sei beendet, die neue Lage fordere neue Männer. — Die „Cocarde“ führt die Unterredung der Minister auf einen Streit zwischen Tirard, der das Präsidium behalten wolle, und Constans, der darnach strebe, zurück. Constans habe für sich die Minister Thévènet und Yves Guyot und rechne auf die republikanische Mehrheit. Tirard habe die übrigen Minister, die Präsidenten des Senats und der Kammer, sowie Herrn Carnot auf seiner Seite. Da man sich über die Erklärung vor der Kammer im Rathe nicht habe einigen können, so habe man zwei Erklärungen abgefaßt und dem Präsidenten der Republik vorgelegt. Wenn Herr Carnot Herrn Tirard nicht mehr halten könne, werde er Herrn Molinè oder de Freycinet mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragen. Herr Constans hoffe, daß der Präsident der Republik von seiner Antipathie gegen ihn zurückkommen werde und glaubt, daß nur gereinigt sei, die Boulangisten in Schranken zu halten und die Gemeinderatswahlen zu leiten. Die Kammermehrheit mache ihm keine Sorge; „sie sei wie eine Herde Schafe, man müsse sie nur in der Hand halten, zähmen und führen.“ — Der Ministerrat, der heute stattfinden sollte, ist auf morgen verschoben worden. Die „Cocarde“ will aber wissen, heute hielten die meisten Minister eine geheime Sitzung ab. — Die „Gazette de France“ ist der Ansicht, Herr Tirard verzichte gern auf seinen Posten, wenn man ihm dafür das Senatspräsidium als Ersatz übertrüge. Herr Carnot würde Constans nicht gern das Präsidium im Rathe anvertrauen, da er ihm mißtraue, er werde aber den Ränken des Ministers des Innern nicht widerstehen können. Wie stets bisher, werde derselbe auch diesmal seinen Zweck erreichen. — Der „National“ sieht als Hauptgrund des Konfliktes im Ministerrathe Meinungsverschiedenheiten über die Handelsverträge an. Entgegen den Wünschen der Handel- und Gewerbetreibenden auf Schutz der nationalen Arbeit seien die Herren Tirard und Rouvier übertrieben

freihändlerisch. Gelänge es den schutzöllnerischen Ministern im Rathe nicht, die Oberhand zu gewinnen, so sei das Schicksal des Kabinetts besiegelt. Beim Wiederbeginn der Kammertagung würden die Minister, besonders Herr Spuller, heftigen Angriffen ausgesetzt sein und einige heftige Auskunftsbegehren würden die Krisis herbeiführen.

Paris, 12. Januar. Bei der heutigen Nachwahl in St. Etienne wurde Reynard, dessen Wahl vorher ungültig erklärt worden war, wieder zum Deputirten gewählt.

Paris, 13. Januar. Bei den gestrigen Nachwahlen zur Deputirtenkammer wurden gewählt: In Voitier der Konser-vative Dupuytren, in Rochecouart der Republikaner Puyboger, in Montauban der Republikaner Gambe, in Veigtrac der Republikaner Clament.

Belgien.

Der Zustand in Belgien dauert in seiner ganzen Schärfe fort. Zwar haben einzelne Kohlenzehen Lohnerhöhungen und den Verlust einer verminderten Schichtdauer erduldet, aber die 24000 streikenden Bergleute des Beckens Charleroi halten mit eiserner Manneszucht fest zusammen und beharren bei dem Ausstände. Die schon im Jahre 1885 errichtete Union des Mineurs, welche 1500 Mitglieder zählt und sich „den Kämpfern der Arbeit“ angeschlossen hat, ist die Seele des Ausstandes und leitet ihn mit Festigkeit. Unverändert herrscht im ganzen Becken Ordnung und Ruhe, und trotz der wachsenden Erregung sind nur zwei Arbeiter, welche Genossen an der Arbeit hindern wollten, festgenommen worden. So ist das Ende des Ausstandes einstweilen unabsehbar, obwohl selbst die Kaufleute und Händler des ganzen Beckens bei den Behörden für die berechtigten Arbeiterforderungen eintreten. Die Kohlenzehen beharren bei ihrem Widerstande gegen die Verminderung der Schichtdauer, und so wird die Lage der belgischen Industrie immer gefährdeter, denn kein Werk kann, da es nicht weiß, ob und zu welchen Preisen es sich Kohlen beschaffen kann, irgend eine Lieferung abschließen. Dazu nimmt im Lütticher Becken der Ausstand zu; auf sieben Zehen ist ein neuer vollständiger Ausstand zum Ausdruck gekommen, und man erwartet den Ausstand auf allen Zehen des Bezirks Flémalle. Inzwischen sendet die ganze belgische Arbeiterpartei den Ausständigen Hilfe. Alle Arbeitervereine und Gruppen haben Gelder bewilligt; die Brüsseler korporative Arbeitergenossenschaft hat 2000 Brote, die Center Sozialistenpartei den Genossen Hardons mit Geld und Brot nach Charleroi geschickt; der sozialistische „Vooruit“ hat 1900 Franks, die Center Fabriken haben 335 Franks gesammelt. Der Kampf dauert somit auf der ganzen Linie fort; kommt es aber zu ernstlichen Konflikten, so werden die Grubenbesitzer die Verantwortlichkeit und die Folgen zu tragen haben. Das Eisenbahnministerium entzieht jetzt auch den Kohlenzehen die bisherige Ermächtigung der Exporttarife, welche sich auf 1 Fr. 50 Cts. pro 1000 Kilo beläuft.

Spanien.

In Spanien ist der Knabe, der die Krone trägt, Patient. Eine Zeit lang sprachen die Zeitungen von der Möglichkeit eines schlimmen Ausgangs der Krankheit, gegenwärtig soll sich der Kranke wieder auf dem Wege der Besserung befinden. Dagegen ist die Ministerkankheit, welche in diesem Staate ausgebrochen, zur Stunde noch nicht überwunden. Sagasta's Versuche, ein Kabinett zu bilden, sind alle gescheitert, so daß er das bezügliche Mandat in die Hand der Königin Mutter zurückgeben mußte. Es heißt daher, vielleicht komme nun ein konservatives Ministerium zu Stande. Uns kann das ziemlich gleichgültig sein. Der spanische Liberalismus unterscheidet sich nicht sehr vom Konserwativismus. Und zudem, wenn die Konservativen gar zu sehr nach rechts kutschten wollten, würden sie alsbald vom Volk gemworfen und vielleicht die Monarchie damit, denn auch hier giebt es eine starke republikanische Partei, die jeden Augenblick bereit ist, die Erbschaft des Königthums anzutreten.

Versammlungen.

Die **Bildhauer** hielten am Freitag eine öffentliche Versammlung in Mundi's Salon, Köpfniederstraße, unter Vorsitz des Herrn Plage ab, um sich über den jetzigen Stand der Bewegung berichten zu lassen und das weitere Vorgehen zu beraten. Die Versammlung war nicht besonders stark — etwa von 400 Personen — besucht, was auf einen Fehler in der Annonse zurückgeführt wurde. Der Referent des Abends, Herr Dupont, führte aus, daß die Meister ihre Verwunderung darüber geäußert haben, als sie hörten, daß jetzt die Bewegung wieder beginnen sollte. Daran sei nichts wunderbares. Als vor Weihnachten die Bewegung eingestellt wurde, seien Stimmen aus Deutschland laut geworden, auf jeden Fall auszuhalten und nicht eher nachzulassen, bis Alles erreicht sei. Einige Kapitalisten und die gesparten Kleinmeister hätten in ihrer Wuth gegen den Streik kaum Grenzen. Was aber bedeute ein Streik anderes, als ein Zusammenfließen der Kollegen, die von dem Geiste der Solidarität, von der Idee der Gleichheit und Zusammengehörigkeit durchdrungen sind, um für die Kollegenchaft bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Es sei dasselbe, was die Kapitalisten thun, wenn sie sich in Innungen, in Ringe zusammenthun, um ihre Lage zu verbessern. Der Arbeiter könne dieselbe Freiheit beanspruchen, sie sei ihm durch die Gewerbeordnung garantiert. Doch was thue man jetzt. Man legt den § 110 des Strafgesetzbuchs betreffend die Aufreizung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Obrigkeit in einer Weise aus, die im krassen Gegensatz zu den Rechtsanschauungen und Ausführungen anerkannter Rechtslehrer steht, und eine Streibewegung fast ganz illusorisch macht. Ein Kontrakt sei eine rein privatrechtliche Abmachung, der Bruch desselben könne nur auf dem Wege der Zivilklage, nicht durch das Strafgesetzbuch bestraft werden. Mitbin sei auch eine Aufforderung zum Einstellen der Arbeit vor Ablauf der 14-tägigen Kündigungsfrist, eine Aufforderung zum Kontraktbruch nicht strafbar. Doch man solle sich hierdurch nicht in's Hochthorn jagen lassen. Eine große Bewegung sei durch Polizeimittel nicht aufzuhalten, so wenig wie die Kleinmeister ihrem Untergange entgehen werden. Scheinbar sind diese ja durch die Bewegung gefährdet, insofern, als große Werkstätten jetzt leer stehen, die der Kleinmeister aber gefüllt sind. Dies sei nur ein vorübergehendes Symptom. Die Kleinmeister werden bei dem durch den Streik erzwungenen Wochen- und Minimallohnsystem ein schweres Durchkommen haben. Viele werden zusammenbrechen, was aber die Gehilfen nicht kümmern könne; die andern werden sich in einer Organisation zusammen thun. Der weitere Kampf werde sich zu einer Machfrage zwischen dem Verein der Prinzipale und dem der Gehilfen gestalten. Der härtere, bis jetzt ist es der letztere, wird Sieger bleiben. — Was nun den Stand der Bewegung anlangt, so sei derselbe nur günstig für die Gehilfen. Zwar seien augenblicklich 101 Gehilfen zu unterschlagen. Doch die Arbeit habe sich gehäuft, es werde besser werden. Da unter den 101 Gehilfen 34 Streikende sich befinden, so sei schon aus dem Grunde nicht an ein Aufheben der Bewegung zu denken. Es seien noch 40 Werkstätten, die noch nicht bewilligt haben. Auch Herr Voigts hat sein Wort zurückgezogen, worauf die dort arbeitenden Kollegen — 26 an der Zahl — sofort die Arbeit niederlegten. Bei Poff arbeiteten jetzt zwölf Kollegen. — Was sei nun weiter zu thun? Aus dem Vorhergehenden gehe hervor — und das Gros der Gehilfen hat dies auch erkannt — daß nur durch eine starke Organisation etwas zu erreichen sei; deshalb Anschlag auf dieselbe. Doch noch weitere Forderungen seien zu stellen; so die Abschaffung der Ueberstundenarbeit. Diese Rede völig der

erreichten Verkürzung der Arbeitszeit und dem Gedanken des Minimallohnes entgegen. Für beide sei gekämpft worden, um eines Theils den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, andern Theils den Schwächeren auch die Garantie eines auskömmlichen Lohnes zu geben. Durch Ueberstundenarbeit werde ersterer Zweck illusorisch und eine Bevorgung der besseren Kräfte geschaffen, die fast ausschließlich Ueberzeit arbeiten würden. Deshalb sei nicht mit einem Aufschlag für solche Arbeit zu rechnen, sie müsse vollkommen abgehoben werden. Dann sei eine Regelung der traurigen Verhältnisse, sowie des Lehrlingswesens, am Platze. Diese Regelung sei nur durch die Gesetzgebung zu erreichen. Von dem jetzigen Reichstage sei nichts zu erwarten; deshalb sei es Pflicht der Bildhauer, bei den nächsten Wahlen dafür zu sorgen, daß Leute in das Parlament gewählt werden, welche wissen, was dem Arbeiter Noth thut, daß sie durch Socialdemokraten ihre Interessen vertreten lassen. Was die Kündigungsgesetze anlangt, so erscheine es nach den neuesten Gesetzesauslegungen geboten, während der Bewegung vollständig auf dieselbe zu verzichten, um Differenzen aus dem Wege zu gehen, um stets freie Hand zu haben. Diese Forderungen seien leicht zu erreichen, wenn Alle einig sind. Deshalb sei jeder auf dem Posten! Wer nicht mit uns geht, so schiebt Redner unter dem Beifall der Versammlung, der ist wider uns, und wird bekämpft. In der Diskussion betonte Herr König u. A. die Nothwendigkeit, daß sich die Kleinmeister den Gehilfen anschließen, da ihre Interessen die gleichen sind. Herr Buda berichtet noch einen Rückblick auf die Bewegung, welche durch die Einigkeit unter den Gehilfen die thätigste Unterstützung der deutschen Arbeiter und die wüthende Konkurrenz unter den Arbeitgebern eine siegreiche für die Gehilfen wurde, über den vor kurzem bei Voigt ausgebrochenen Streik. Nachdem der Versuch des Herrn B., seine Bewilligung zurückzugeben, gescheitert, wurde ein Kollege gemahnt; bis auf einen, legten alle die Arbeit nieder. Herr B. wird bald nachgeben müssen. Jetzt versuchten die Prinzipale, den Gehilfen die Waffe des Arbeitsnachweises aus der Hand zu reißen, indem sie selbst einen solchen eröffneten. Man möge auf alle Kollegen Acht geben und die Bankrottstücken härten; verderben könne keiner. (Beifall.) Nach ausgedehnter Diskussion wurde beschlossen, von jetzt ab keine Sonntags- und Ueberstundenarbeit mehr zu machen; sowie während der Dauer der Bewegung von der Kündigungsgesetz auf jeden Fall abzuweichen. Letzter Beschluss wurde, obgleich man sich sagte, daß es jetzt dem Prinzipal leichter gemacht werde, Kollegen zu mahregeln; in diesem Falle haben

seine Mitarbeiter sofort die Arbeit niederzulegen. Weiter wurde beschlossen, daß alle Kollegen einer Werkstätte die Arbeit zu verlassen haben, wenn in derselben ein Kollege anfängt zu arbeiten, die Arbeit durch die Stellenermittlung des Vereins selbständiger Bildhauer, oder auf irgend eine andere Art zugewiesen wird. Es ist nur die Stellenvermittlung der Berliner Bildhauer in Anspruch zu nehmen. Der Kollege, der dies nicht beachtet, verliert auch jeden Anspruch auf Unterstützung. Auch der Stellennachweis des Ortsvereins Berliner Bildhauer ist verpönt, da sich derselbe jetzt der Bewegung entgegenstellt. Es wurde hierauf der Kassenericht von dem Revisor Donath vorgelesen. Eingenommen sind bis zum 31. Dezember, 8687,46 M., ausgegeben 6382,90 M., (hierunter figuriren auch 700 M., die an streikende Gewerke gezahlt wurden), so daß noch 2304,56 M. in der Kasse verbleiben. Da noch 9000 M. jeder Zeit zur Verfügung stehen, so wurde ein Antrag, den Beitrag zu den freiwilligen Sammlungen zu erhöhen, abgelehnt, dagegen beschlossen, 50 Pf. von jedem Kollegen, auch von den Verheiratheten, zu erheben. Debattiert wurde die schwache Beteiligung an den Sammlungen, wozu der Grund hierzu in Zukunft wegfallen. Werkstätten, in denen noch keine Liste vorhanden ist, sollen sich an die Streikkommission wenden. — An Stelle des Revisors Donath, der sein Amt niederlegte, wurde Kollege Lange gewählt. Die in der Versammlung gefassten Beschlüsse sollen den Arbeitgebern durch Zirkular bekannt gegeben werden. Ein Antrag, den nächsten Wahltag als Feiertag zu erklären, als Demonstration für den Willen der Arbeiter, daß der Wahltag von der Regierung auf einen Sonntag verlegt wird, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt, die hoffentlich besser besucht ist. Daraus schloß die Versammlung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knochenschnitzer hielt Dienstag, den 7. d. M. seine ordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab. 1. Kassenericht. 2. Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. 3. Wahl des Vorstandes und Verschiedenes. Vor Eingang in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Marschal durch Erheben von den Sitzen. Hierauf verlas der Kassierer den Vierteljahresbericht und den Jahreskassenbericht, welcher ergab, daß ein Bestand von 334,45 M. bleibt. Dem Kassierer wurde unbeanstandet Decharge erteilt. Sodann gab der Vorsitzende einen vollständigen Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes; ebenfalls Kollege Jerasch über die Vereinsbibliothek. Ein Antrag, welcher sich mit der Geschäftsführung des Gesamtverbandes voll und ganz einverstanden erklärte, und demselben ein Vertrauensvotum ausstellte, gelangte zur einstimmigen Annahme.

Bei der Wahl des Vorstandes wurde der erste Vorsitzende Herr Weislauf, der erste Schriftführer Paul Borß und der zweite Kassierer Max Friedemann per Affirmation einstimmig wiedergewählt. Neugewählt wurde als zweiter Vorsitzender Gustav Tachner, zweiter Schriftführer Rich. Scholl, erster Kassierer Hermann Hoffmann; zu Beisitzern: Albert Scholl, Emil English und Carl Naturjewski; zu Revisoren: Paul Tim, Otto Kleinert und Jul. Köpcke. Als Bibliothekar wurde Wilh. Jerasch per Affirmation einstimmig wiedergewählt. Unter Verschiedenem verlas der Vorsitzende der Streikkommission, Fritz Mey, den neuen Lohnarif. Eine Kommission war nicht zulässig bis zur nächsten Versammlung. Ein Antrag wurde angenommen, den Mitgliedern der Lohnkommission für jede Sitzung eine Entschädigung von 30 Pf. zu gewähren. Kollege Mey rief dringend an, die überwiegende Mehrzahl der Kollegen dem Verein anzuschließen, die Hornknopfabarbeit in den Lohnarif mit einzuschließen. Der Vorsitzende bemerkte hierauf, daß die Hornknopfabarbeiter selber einen Lohnarif ausarbeiten sollen, und die Angelegenheit solle auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden. Kollege Kleinert forderte auf, an dem Wiener Maskenball der Kunstgeld-Zuschuß- und Begräbniskasse der Berliner Knochenschnitzer, welcher am 18. Januar im Elysium, Landsberger Allee, stattfindet, sich rege zu beteiligen. Die Sammlungen für die Wiener Verarmtenvereine waren folgende: In der Fabrik von Behmer 25,80 M., von Kasse 4,25 M., von Leuschke u. W. 16,75 M., von E. H. Köhl 96,40 M., von Siegel 3,25 M., von Dunsberg 2,25 M. Das ergibt zusammen 88,70 M., von 3870 M. den Berliner Knochenschnitzern überwiesen werden. Ein Antrag, welcher betraute, den 1. Mai als Feiertag festzusetzen, wurde wieder zurückgenommen, weil der Vorsitzende bekannt gab, daß am 20. Januar eine öffentliche Versammlung bei Wohlhaupt, Rantaustraße 9, stattfindet, die darüber zu beschließen solle. Mit dem Hinweise, in der öffentlichen Versammlung am Platze zu sein und möglichst viele Hornknopfabarbeiter dazuzuziehen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Lordhausen, den 10. Januar. Am 8. Januar fand in Schützenhause eine von 800 Personen besuchte Volksversammlung statt in welcher Herr Hoffmann aus Halle über die kommenden Reichstagswahlen referirte. Der Vortrag des Redner wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammlung verpflichtete, nach Kräften für die Wahl des demokratischen Kandidaten, Herrn Theodor Glode aus Berlin einzutreten.

Theater.
 Dienstag, den 14. Januar.
Lustig-Theater. Die Ehre.
Paulsch-Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Reinhold-Theater. Der Weichenstreifer.
Frederick-Wilhelm-Sträßisches Theater. Großle-Groska.
Königs-Theater. Die arme Löwin.
Wallau-Theater. Ultimo.
Victoria-Theater. Stantey in Afrika.
Volksbühnen-Theater. Der Fled auf der Ehr.
Central-Theater. Berolina.
Adolph-Gräß-Theater. Klotte Weiber.
Blond-Theater. Der Geistesfehler.
Prinzess-Theater. Der jüngste Lieutenant.
Obv. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaiserschloß-Theater. Sr. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Sr. Spezialitäten-Vorstellung.

Den Genossen
 halte ich meine
Masken-Garderobe
 bei Bedarf best. empfohlen.
 Größte Auswahl! Bill. Pr.
 Vereinen Preisermäßig.
Hr. Kaufmann, Nr. 178,
 Adalbertstr. 98.

Sophabezüge!
 Best. von 3-5 Meter spottbillig.
Emil Lafèvre, Oranienstr. 158.

Wichtig für jede Hausfrau.
 In keinem Haushalt sollte fehlen eine
Prima Wringmaschine,
 welche der beste Wäschespinner ist.



Ich gewähre wöchentliche oder monatliche
 Theilzahlungen, um es jeder Hausfrau zu
 ermöglichen, sich diesen nützlichen Wirtschaftse-
 gegenstand zu beschaffen. 728
 Preis per Stück auf Ratenzahlung Mark 25,
 bei 36 Ctm. Wäselnlänge.
Wöchentliche Abzahlung 1 Mark!
E. Krieg (Inh. O. Wendt),
 Berlin S.-O., Staltheimerstr. 136.
 Berlin N., Schönhauser Allee 185.
 Spandau, Linden-Ufer 11.

Kohltabak A. Goldschmidt,
 Spandauerstr. 8. [1658]
 am hiesigen Platze bekanntlich
Größte Auswahl.
Savanni's Lager vortreffliche Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billige Preise!
 Sämtliche im Handel befindlichen Kohltabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerstr. 8
 am hiesigen Markt.

Masken-Garderobe
 von [516]
F. Stenzel,
 Dresdenerstr. 118
 (über Nr. 21),
 empfiehlt sich den Vereinen, so-
 wie Lesern des Berl. Volksbl.
 Größte Ausw., bill. Preise.

Preuss. Lotterieloose
 offer. zur Haupt- 4. Klasse 181. Lotterie vom
 14. Januar bis 1. Februar 1890.
 Hauptgewinne 600000 M., 2 x 300000
 M. u. s. w. Antheilloose 1/24 M., 1/12 M.,
 1/30 M., 1/60 M. S. Labandter,
 527. a. t. e. l. l. e. s. Lotterie-Gesellschaft (gegr. 1860)
 Berlin, Johannistr. 5 part.

Alhambra-Theater,
 Wallnertheaterstraße 15.
Wiedereröffnung Sonntag, d. 12. Jan.
 Mit neuen Dekorationen u. Kostümen:
Amorina,
 die Marmorbraut
 Phantastisch-komisches Zauberschauspiel in
 12 Bildern von P. Wiede. Musik von
 Theodor Franke.
Entree 30 Pf. Parterre 40 Pf.
I. Balkon 50 Pf. II. Balkon 40 Pf. u.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sonntags Anfang des Concerts 8 Uhr,
 der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

American-Theater.
 1895
 Dresdenstr. 55.
 Täglich Vorstellung.

Circus Renz.
 Karlsruher.
 Heute, Dienstag, den 14. Januar, Abends 7 1/2 Uhr:
Die Touristen,
 oder: Ein Commetag am Regensee.
 Gr. equitische Original-Pantomime.
 Prinz Carneval und sein Gefolge, große equi-
 tische Vorstellung von 12 arab. Degenen von
 Herrn Franz Renz. Schulpferde Beautiful und
 Lophus, geritten von Fel. Clotilde Hager. Auf-
 treten der vorzögl. Reitschülerinnen und Reit-
 künstler. M. Metzger mit seinem dress. Gel.
 Morgen Vorstellung. E. Renz, Direktor.

Passage 1 Nr. 9 M. — 10 Uhr u.
Kaiser-Panorama.
 Zum ersten Male:
 Eine Wanderung auf der Insel
 Kügen.
 Zweiter Cyclus: Kaiser-Weihnacht.
 Reise Sr. Maj. Schiff Gertha.
 Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf. Abonn.
 Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen
 und Kränzen. [719]
Robert Meyer,
 Nr. 2 Mariannenstraße Nr. 2.

Telegr.-Adr.: Glückskollekte Berlin.
Kgl. Preuss. 181. Klassen-Lotterie.
 Ziehung vom 14. Januar bis 1. Februar 1890.
Original-Loose mit Bedingung der Rückgabe nach beendeter Ziehung
 im Gewinnfalle gegen Auszahlung
 1 | 200, 1 | 100, 1 | 50, 1 | 25 Mf.
 Antheile: 1/2 24, 1/3 12, 1/4 6, 1/6 3 1/2 Mf.
 empfiehlt die **Glückskollekte M. Meyer,**
 Berlin O., Köpenickerstr. 66.
 Für Porto und Lichte sind jeder Bestellung 75 Pf. extra beizufügen.
 Teleph.-Amt 7a 5771.

Lager von Rathenower Brillen und Vincent's
Bruchbänder,
 Leibbinden, Nabelbandagen, Brust-
 bänder, Geradhalter, orthopädische
 Maschinen, Korsetts, künstliche
 Arme und Beine, Handar- und
 Vorkast-Bandagen, Krücken, Bideis, Stehstühle, Urinhalter, Nistier- und Knie-
 spritzen, Nüsselpomp, Irrigator, Inhalations-Apparate, Luft- und Wasserkränze, Sammel-
 krämpfe, Krankenwagen u. c.
 empfehlen zu soliden Preisen
Müller & Co., Berlin S., Prinzenstr. 42, part.
 für Damen: Damen-Bedienung.
 Lieferanten sämtl. Orts- und freien Hilfs-Frankenkassen.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren
 reelle Waare zu soliden Preisen. Ganze Ausstattungen in Mahagoni
 und Kirschbaum; Küchensmöbel in großer Auswahl empfiehlt
Franz Tutzauer, S.-O., Köpenickerstraße Nr. 24,
 nahe der Köpnicer Brücke.

Soeben erschien
Heft 10.
Volks-Fremdwörterbuch
 von
Wilhelm Liebknecht.
 Sechste Auflage. — Erscheint in 12 Lieferungen à 20 Pf.
 In beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße Nr. 44.

Die Tischlerei für Neu und
 Reparaturen
 von **W. Abraham, Demminstraße 4, Hof-
 parterre,** nicht Begehung im Modell, Bau-
 und Möbelsach. Insbesondere empfehle mich
 den gerichten Vereinen zur Anfertigung von
 Bibliothek-, Pfeifen- und Notenständern u. dgl. m.
 Bitte Freunde und Genossen, mich in meinem
 Unternehmen, gütigst unterstützen zu wollen.
 NB. Jede Glaserarbeit, speziell Bilder Ein-
 rahmung wird sauber ausgeführt. Bestellungen
 erbitte Demminstraße 4, Hof p., und Köpen-
 icker Allee 69 III. [698]

Kohltabak, sämtlicher Sorten
 Größte Auswahl, billigste Preise.
G. Elkhuyzen, Münzstraße 10.

Arbeitsmarkt.
 Schlossergesellen auf Kunstschmiede-Karben
 werden verlangt Köpenicker-Ufer 31.
 Korbmachergesellen auf Roharbeit verlangt
 644] Holz, Oranienstr.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren.
 Cr. Lager, bill. Preise,
Emil Heyn,
 Brunnenstr. 28, Hof part.
 Thells, nach Uebereinkunft.
 eigener Fabrik.

Vorzeichner und Borarbeiter
 für Brückenbau, der auch nöthigenfalls Montagen
 leiten kann, für dauernd gesucht. Gehalt
 der Fabrik je nach den Leistungen bis zu 150 Mf.
 monatlich. Offerten an
Aug. Kloenne, Dortmund.
 Brückenbau, Kesselschmiede und Gasometerbau.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung vom 13. Januar, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Boetticher, von Verdy du Vernois, Ritter von Eylander, Graf Dohenthal.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Novelle zum Militärgesetz vom 2. Mai 1874, in Verbindung mit der zweiten Lesung des Militäretats.

Durch den ersterwähnten Gesetzesentwurf wird die Zahl der Armee-Korps von 18 auf 20 erhöht, indem für Ostpreußen das 15. und für Westpreußen das 17. Armee-Korps neu errichtet wird.

Referent der Budgetkommission Abg. Graf v. Halder-Abthum-Ringenwalde führt aus, daß die Reorganisation zweier Armee-Korps das Septennat nicht berührt, da die zu den beiden Korpsverbänden zusammengehörenden Truppenheile innerhalb der jetzigen Friedenspräsenzstärke schon vorhanden seien. Auch für die neu zu formierenden 4 Kompagnien Pioniere und 6 Kompagnien Train würden die Mannschaften durch entsprechende Veranderungen der Mannschaftenstärke bei den vorhandenen Pionier- und Trainbatalionen beschafft. In der Kommission sei die Vorlage nicht gründlich beanstandet, vielmehr nur von einer Seite gemüthet worden, daß zur Kompensation eine Anzahl Stellen von Gouverneuren, Kommandanten und Platzmajoren eingegeben oder als „künftig wegfallend“ bezeichnet werden sollten. Was bei diesmal der Kommission in seinem ganzen Umfange überwiegen dürfte, so habe es die Kommission nicht verantworten mögen, im Ordinarium irgend eine Streichung vorzuschlagen, um nicht die Schlagfertigkeit des Heeres zu gefährden; sie hat die sämtlichen Postitionen ohne Abbruch bewilligt und empfiehlt dem Reichstage die unbedingte Annahme (mit der im Kapitel „Naturalverpflegung der Truppen“ beschlossenen Erhöhung der Ausgaben) und ebenso die Annahme der Militärgesetz-Novelle. Ohne Diskussion wird die Novelle mit großer Mehrheit in ihren einzelnen Bestimmungen angenommen.

Das Haus beginnt darauf die Beratung des Militäretats mit dem ersten Kapitel der ordentlichen Ausgaben „Kriegsmaterial“, Titel 1 „der Kriegsmaterial 38 000 M.“

Abg. Richter: Im Ordinarium des Militäretats treten verschiedene Kapitulforderungen hervor, die zum Theil eine notwendige Folge der Veränderung des Gesetzes über die Friedenspräsenz sind, zum Theil auch sich aus der soeben beschlossenen Veränderung des Militärgesetzes ergeben. Hier wird für Abstriche kein Spielraum sein. Aber auch bei den anderen Punkten, wo wir in der Budgetkommission Abstriche zu erreichen versuchten, haben wir in keiner Weise Unterstützung gefunden und, mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses, nehmen wir davon Abstand, hier im Plenum diese Vorlagen zu erörtern und behalten uns desfallsige Anträge für eine spätere Session vor. Aber bei dem Titel „Haus des Ministers“ möchte ich von dem alten Rechte des Hauses Gebrauch machen und einige Punkte allgemeiner Natur zur Sprache bringen. Ich habe nur sehr selten Klagen über die Behandlung der gemeinen Soldaten hier vorgebracht; indessen sind mir außerordentlich umfangreiche Klagen neuerdings bekannt geworden über die Behandlung, welcher Volksschullehrer während der sechsmonatigen Übungen im September und Oktober vorigen Jahres ausgesetzt gewesen sind, die ich doch nicht glaube zurückhalten zu sollen. Ueberhaupt, die ich doch nicht glaube zurückhalten zu sollen. Ueberhaupt, die ich doch nicht glaube zurückhalten zu sollen. Ueberhaupt, die ich doch nicht glaube zurückhalten zu sollen.

Abg. Richter: Im Ordinarium des Militäretats treten verschiedene Kapitulforderungen hervor, die zum Theil eine notwendige Folge der Veränderung des Gesetzes über die Friedenspräsenz sind, zum Theil auch sich aus der soeben beschlossenen Veränderung des Militärgesetzes ergeben. Hier wird für Abstriche kein Spielraum sein. Aber auch bei den anderen Punkten, wo wir in der Budgetkommission Abstriche zu erreichen versuchten, haben wir in keiner Weise Unterstützung gefunden und, mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses, nehmen wir davon Abstand, hier im Plenum diese Vorlagen zu erörtern und behalten uns desfallsige Anträge für eine spätere Session vor. Aber bei dem Titel „Haus des Ministers“ möchte ich von dem alten Rechte des Hauses Gebrauch machen und einige Punkte allgemeiner Natur zur Sprache bringen. Ich habe nur sehr selten Klagen über die Behandlung der gemeinen Soldaten hier vorgebracht; indessen sind mir außerordentlich umfangreiche Klagen neuerdings bekannt geworden über die Behandlung, welcher Volksschullehrer während der sechsmonatigen Übungen im September und Oktober vorigen Jahres ausgesetzt gewesen sind, die ich doch nicht glaube zurückhalten zu sollen. Ueberhaupt, die ich doch nicht glaube zurückhalten zu sollen. Ueberhaupt, die ich doch nicht glaube zurückhalten zu sollen.

Abg. Richter: Im Ordinarium des Militäretats treten verschiedene Kapitulforderungen hervor, die zum Theil eine notwendige Folge der Veränderung des Gesetzes über die Friedenspräsenz sind, zum Theil auch sich aus der soeben beschlossenen Veränderung des Militärgesetzes ergeben. Hier wird für Abstriche kein Spielraum sein. Aber auch bei den anderen Punkten, wo wir in der Budgetkommission Abstriche zu erreichen versuchten, haben wir in keiner Weise Unterstützung gefunden und, mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses, nehmen wir davon Abstand, hier im Plenum diese Vorlagen zu erörtern und behalten uns desfallsige Anträge für eine spätere Session vor. Aber bei dem Titel „Haus des Ministers“ möchte ich von dem alten Rechte des Hauses Gebrauch machen und einige Punkte allgemeiner Natur zur Sprache bringen. Ich habe nur sehr selten Klagen über die Behandlung der gemeinen Soldaten hier vorgebracht; indessen sind mir außerordentlich umfangreiche Klagen neuerdings bekannt geworden über die Behandlung, welcher Volksschullehrer während der sechsmonatigen Übungen im September und Oktober vorigen Jahres ausgesetzt gewesen sind, die ich doch nicht glaube zurückhalten zu sollen. Ueberhaupt, die ich doch nicht glaube zurückhalten zu sollen. Ueberhaupt, die ich doch nicht glaube zurückhalten zu sollen.

Kriegsminister v. Verdy du Vernois: Meine Herren! Wenn im Turnus der Ausbildung Maßnahmen vorkommen, oder, wie hier vorgeht, Belohnungen selbst eines ganzen Standes, so bin ich der Ansicht, daß man den Verhältnissen dreist ins Gesicht sehen muß, und ich nehme keinen Augenblick Anstand, zu sagen, daß das etwas höchst Verwunderliches ist und daß alle Rechte angewendet werden müssen, um derartigen Vorkommnissen vorzubeugen. (Bravo!) Was nun das Vorgehächte

betrifft, so muß ich bemerken, daß auch uns —, bios nicht in dieser Fülle, wie wir es eben gehört haben, aber von drei Seiten ebenfalls derartige Klagen vorgelegt haben. Eine derselben, auf zwei Offiziere sich beziehend, ist erledigt durch die Bestrafung der Betreffenden. Die Anderen sind noch in der Untersuchung begriffen. Ich muß aber darauf hinweisen, meine Herren, daß, um einzugreifen, es ungemein erschwert wird, wenn so und so viele Monate nachher durch die Diffamität Dinge zur Sprache kommen, die gerade bei den Elementen, von denen hier die Rede ist, von diesen am allerersten auf dem dienstmäßigen Wege hätten zur Erläuterung geführt werden müssen. (Bravo! Sehr richtig!) Denn, meine Herren, gerade vom Lehrer verlange ich, daß auch er die Würde seines Standes aufrecht erhält und nicht hinterdrein kommt, wenn die Sache vorüber und sich die Mittel und Wege sucht, um sein Recht zu finden. Unsere Gesetze geben ihm das Recht. Er wird es bei uns finden, er möge nur aufstreben. (Sehr gut!) Wir haben in ein paar von den Fällen, von denen ich gesprochen habe, Bestrafungen der Offiziere eintreten lassen. Ein Zeuge ist nicht da, der sie irgendwie beobachtet; es waren allgemeine Redensarten, das Zeugniß war das der eigenen Offiziere, was sie über sich selbst sagten. Nun, meine Herren, es ist diese Angelegenheit aber ein zweifelhafte Schwert, ich will dies Ihnen ebenfalls ganz offen erklären. Wir bestimmen uns ganz ernstlich darum, und wie ich darüber denke und wir Alle, habe ich in der Einleitung meiner Worte gesagt. Aber wenn man die Sache durchstudirt, trifft man doch eigenartige Momente und zwar Momente, die mir wenigstens sehr viel zu denken und zu erwägen geben. Diese Herren Elementarlehrer haben eine Begünstigung, die unsere allgemeine Wehrpflicht im höchsten Grade durchbricht, wie fast für Niemand sonst. Man kann von ihnen am allerersten erwarten, daß sie diese Begünstigung anerkennen durch Strebsamkeit und Eifer; da aber, meine Herren, treten zu Tage so und so viele Fälle von Remission, so und so viele Fälle, wo diese gebildeten Klassen in der Instruktion nicht das leisten, was die Ersatzreservisten aus dem Volke leisten. Diese führen dahin, daß sehr wohl zu überlegen ist, ob man eine derartige Begünstigung in dieser äußerst kurzen Dienstzeit noch weiter geben können. (Bravo rechts, hört! hört! links.) Daß sie militärisch nicht geschildert sind, zeigt schon die Art und Weise der Beschwerdeführung.

Abg. Richter: Das ist ja formell durchaus richtig, in einem der an mich gekommenen Briefe heißt es aber: Die Unteroffiziere riefen mir, von einer Beschwerde gegen den Offizier abzusehen, obgleich sie das Unrecht anerkannten, weil es dann noch schlimmer würde. Die Beschwerdeführer stehen ja ganz unter dem diskretionären Ermessen der Vorgesetzten, und hat ein Vorgesetzter einmal Unrecht bekommen, so kann er sich dafür auf das schwerste rächen. Es ist eine starke Anforderung an den Muth, von einem Lehrer, der sowohl von der Militär-, als auch von der Zivilbehörde abhängig ist, zu verlangen, sich auf den formellen Weg der dienstlichen Beschwerde zu begeben. Die letzte Beurteilung des Kriegsministers ist gerade nicht einladend für die Lehrer, dies zu thun. Wenn ihre Dienstzeit verlängert würde, so hätten sie aus Anlaß einzelner Beschwerdefälle einen allgemeinen Nachtheil. Die Begünstigung der Lehrer ist nicht der Lehrer wegen erteilt, sondern im öffentlichen Interesse, weil die Zahl der Bewerber zum Schulunterricht hinter dem Bedürfnis so sehr zurückbleibt. Die kurze Dienstzeit von 6 Wochen darf niemals eine Entschuldigung dafür sein, daß die Lehrer auf eine Weise behandelt werden, die der ganzen preussischen Armee unwürdig ist.

Bayerischer Bevollmächtigter v. Inlander: Der Herr Abg. Richter hat einen Fall der Mißhandlung der Lehrer in Bamberg erwähnt. Dieser Fall ist in der bayerischen Kammer nicht zur Sprache gelangt, wohl aber ein anderer in Landau vorgekommen. Ich habe nun gerade mit Rücksicht auf das, was der Herr Abgeordnete soeben sagte, einen kurzen Satz aus der Erwiderung des königlich bayerischen Kriegsministers in der Sitzung vom 19. November 1889 zu verlesen: „Im Uebrigen wurde von Seiten der Lehrer in Landau die Beschwerde geführt und diese Verletzung hat sowohl im disziplinarischen als im richterlichen Wege zu einer Satisfaktion für dieselben geführt.“ Es wird hierdurch konstatiert sein, daß die Beschwerden, richtig geführt, auch zu einem entsprechenden Resultat geführt haben.

Abg. v. Ehrlichshausen (Rp.): Die Schlagfertigkeit des Heeres zu Wasser und zu Lande müssen wir fördern. Die großen Mehrforderungen des Etats haben zwar auch in Süddeutschland Aufsehen erregt, aber die Militäraufgaben sind in anderen Ländern noch höher, sie betragen pro Kopf der Bevölkerung in England 1682 M., Frankreich 1066 M., Italien 1013 M., Deutschland 910 M., Rußland 844 M. Desterreich 796 M. Deutschland nimmt also erst die vierte Stelle ein, und dazu kommt die geographische Lage Deutschlands. Ersparnisse können nur eintreten, wo die Armee nicht dadurch geschädigt wird. In den laufenden Mehrforderungen von 5 800 000 M. durch die Errichtung zweier neuer Armee-Korps können keine Abstriche gemacht werden; ebenso wenig an den großen Mehrforderungen des Extraordinariums, so weit sie für die Organisation und Bewaffnung notwendig sind. Aus politischen Gründen gehe ich auf Einzelheiten nicht ein, weil uns von der Militärverwaltung in der Kommission sehr eingehende, aber gleichzeitig streng vertrauliche Mittheilungen gemacht sind. Ersparnisse können vielleicht durch Zurückziehung einiger ersten Bauraten gemacht werden, weil dadurch die Schlagfertigkeit der Armee nicht beeinträchtigt würde. Daß wir bei der Marine und dem Heere insgesamt 20 Millionen Ersparnisse gemacht haben, wird auf Deutschland beruhigend wirken. Was aber für die Organisation und Bewaffnung der Armee nöthig ist, dürfte wohl mit großer Mehrheit angenommen werden, und diese patriotische Haltung des Reichstages dürfte einen günstigen Eindruck machen.

Abg. Richter: Es war mir nicht bekannt, daß im bayerischen Landtage darüber verhandelt ist; man hat sich also auch dort veranlaßt gesehen, die Sache auf parlamentarischem Wege zur Sprache zu bringen. In Bayern wird öffentlich vor dem Militärgericht verhandelt. In Würzburg ist ein Unteroffizier zu zehn Tagen Mittelarrest verurtheilt worden, weil er in Bezug auf zwei Lehrer gesagt hatte: Die Beiden, die gebildete Leute sein wollen, sind dümmer als die Bauern.“ Hätten wir hier auch ein öffentliches Verfahren, würden die Leute mehr Vertrauen haben, sich zu beschweren. Eine solche öffentliche Verurtheilung wirkt auch weit mehr abschreckend, als die nur einem kleinen Kreise bekannt werdenden Militärstrafen.

Abg. Richter: Daß wir hierin Bayern nachahmen, ist auch mein Wunsch. Nach der kleinen Mißbilligung der Mißhandlungen der Lehrer seitens des Kriegsministers wird dieser hoffentlich alle Mittel anwenden, um etwas aus der Welt zu schaffen, das ihm ebenso peinlich sein muß wie uns. Bei den

speziellen Titeln werden wir sehen, ob die gemachten Ersparnisse uns genügen; Herr v. Ehrlichshausen wollte ja selbst im Extraordinarium noch Abstriche machen. Im Betriebe der Militärfabriken sollen ebenso wie in den Werften nur Arbeiter unter 40 Jahren angenommen werden. Ich bitte den Herrn Kriegsminister, auf die Abstellung dieser Vorschriften, wenn eine solche besteht, Bedacht zu nehmen. Hier kann das Wohlwollen für die Arbeiter zum Ausdruck gelangen. Nach dem Brand der Gewehrfabrik in Danzig ist eine große Masse von Arbeitern plötzlich entlassen worden, und es besteht die Besorgniß, daß damit noch fortgeföhren werden wird. Die Militärverwaltung sollte die Arbeiter vor einer solchen plötzlichen und unerschuldeten Arbeitslosigkeit schützen.

Kriegsminister von Verdy du Vernois: In Bezug auf den ersten Punkt, die 40 Jahre betriebslos, so sage ich mit Vergnügen zu, der Frage näher zu treten. Was das Zweite betrifft, den Punkt der Gewehrfabrik in Danzig, nebenbei gesagt, ein Ereigniß, welches für uns so gut wie gar keine Störung mit sich führt, so wurde am demselben Tage der Inspektor, der betreffende General, hingeschickt, um über die Sachen Bericht zu erstatten und den Fortgang der Arbeiten in die Wege zu leiten. Er ist am 2. oder 3. Januar zurückgekommen, und ich habe damals die Meldung erhalten, daß man eine vorläufige Kündigung von Arbeitern, die man augenblicklich nicht beschäftigen konnte, angeordnet habe. Ich habe darauf sofort am demselben Tage telegraphisch den Befehl gegeben, daß die Arbeiter unter allen Umständen in Dienst zu bleiben hätten. Ich bin von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß es unehrenhaft ist, wenn ein Unfall eintritt, der in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder reparirt sein wird, daß wir da mitten im Winter Arbeiter womöglich in Roth und Elend hinausstoßen und ich habe die volle Ueberzeugung, daß bei der Rechnungslegung berechnen, wenn hier einmal einige tausend Mark nicht vorrathsmäßig zu verrechnen sind, mir Ihr Beistand nicht fehlen wird, diese Schwierigkeiten zu regeln. (Beifall.)

Abg. Kulemann: Ich gebe dem Abg. Richter völlig zu, daß der Weg der direkten Beschwerde, den der Kriegsminister in den Vordergrund gestellt hat, seine Bedenken hat. Ich bin weit entfernt, aus diesen thatsächlichen Verhältnissen der Militärbehörde einen Vorwurf zu machen. Es mag sein, daß mit der strengen militärischen Disziplin ein so weitgehender Rechtsanspruch, wie man ihn in bürgerlichen Verhältnissen gewöhnt ist, kaum völlig zu vereinigen ist. Jedensfalls ist das Bedenken des Abg. Richter nicht ganz unzutreffend, daß, wenn auch eine derartige Beschwerde im einzelnen Falle Erfolg haben könnte, die Beschwerdeführer doch Bedenken tragen, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen, weil sie eine Schädigung ihrer Stellung befürchten. Ich möchte nun den Lehrern denselben Weg empfehlen, den ihnen das braunschweigische Konfiskatorium auch empfohlen hat, daß sie sich nämlich nach Abolition ihrer Übungszeit an diese oder an eine entsprechende andere Aufsichtsbehörde wenden, ihr das thatsächliche Material zur Verfügung stellen, damit diese mit ihrer Autorität eingreifen könne. Die Ausführungen des Kriegsministers bezüglich des Privilegiums des Lehrstandes sind doch recht bedenklich. Wenn die Frage erörtert werden soll, ob das Privilegium der Lehrer eingeschränkt werden soll, dann ist es nicht wünschenswerth, sie in Zusammenhang mit den Beschwerden der Lehrer zu bringen. Man könnte in Lehrerkreisen den Eindruck gewinnen, als ob die Erhebung der Beschwerde zu einer solchen Bedrohung geführt hätte. Die hier vorgebrachten Uebelstände sind von so allgemeiner Art, daß sie durchaus dazu geeignet sind, im Wege einer besonderen Verfügung behandelt zu werden, um den betreffenden Vorgesetzten eine bessere Behandlung der Lehrer zu empfehlen. Der Lehrstand hat für die Heranbildung der Jugend die gleiche Aufgabe, wie das Militär. Es muß also darauf geachtet werden, daß er im Einzelnen und im Ganzen nicht in seiner Autorität geschädigt werde. (Beifall.)

Kriegsminister v. Verdy du Vernois: Es ist Ihnen aus früheren Debatten über dieses traurige Thema wohl bekannt, in welcher Art und Weise Mißhandlungen überhaupt bei uns gehandelt werden, und wie außerhalb des gerichtlichen Weges noch ein anderer Weg bei uns eingeschlagen ist, in denen alle Mißhandlungen in gewissen Terminen, in den Korps gesammelt, zur Kenntniß Sr. Majestät des Kaisers kommen und dem Kriegsministerium zur Bearbeitung übergeben werden. Wenn hier der Wunsch ausgesprochen ist, der Sache einen neuen Druck zu geben, so glaube ich, sagen zu dürfen, daß von allerhöchster Hand bereits Derartiges im Wege ist. (Beifall.)

Abg. von Hurne-Bomk: Die meisten Klagen über schlechte Behandlung der Lehrer datiren aus der Zeit, als die Lehrer während ihrer Sommerferien zu sechs-wöchentlichen Übungen eingegeben wurden. Der Umstand, daß die Offiziere und Unteroffiziere nur mit einer Klasse der Bevölkerung zu thun hatten, hat vielfach zu einer üblen Behandlung geführt. Nach der neueren Gesetzgebung müssen aber die Lehrer mit den Ersatzreservisten zusammen ausgebildet werden, sie werden also im ersten Jahre zu einer 10-wöchentlichen, im zweiten zu einer 6-wöchentlichen und im dritten zu einer 4-wöchentlichen Übung eingegeben. Dadurch fällt schon ein Grund weg zu einer ganz besonderen Behandlung der Lehrer. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn diese neue Einrichtung sich erst eingebürgert haben wird, daß dann auch die Klagen fort-fallen werden. Ich kann versichern, daß in ähnlichen Fällen, wo die Beschwerden sich als berechtigt erwiesen hatten, den Betroffenen volle Satisfaktion zu Theil geworden ist. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Ich kann nicht anerkennen, daß in dem Zusammenhange über den Lehrer mit den Ersatzreservisten ein erleichterndes Moment liegt. Wenn Ausdrücke wie: „Ihr seid noch viel dümmer, als der dümmste Bauerndumm!“ in Gegenwart der übrigen Reservisten fallen, so müssen sie von den Lehrern viel schwerer empfunden werden, als wenn sie in engeren Kreisen gemacht werden.

Die Ausgaben des Kriegsministeriums werden bewilligt. Ohne Debatte bewilligt das Haus die Kapitel: Militärfassenwesen, Militärrentendaturen, Militärgesundheit, Militär-jurisdiction, Gouverneure, Kommandanten und Platzmajore, Adjutanturoffiziere und Offiziere in besonderen Stellungen, Generalstab und Landes-Vermessungswesen, Ingenieur- und Pionierkorps, Geldverpflegung der Truppen, sowie höhere Truppe-n-Befehlshaber. Im letzteren Kapitel sind mehr verlangt die Stäbe für zwei General-kommandos, drei Infanterie-Divisionen und 13 Brigaden infolge der im Anfang der Sitzung in zweiter Lesung angenommenen Novelle zum Militärgesetz. Auch diese Mehrforderung wird ohne Debatte genehmigt.

Zum Kapitel „Naturalverpflegung der Truppen“ führt der Berichterstatter Abg. Graf v. Halder aus, insofar der außergewöhnlich früh erfolgten Aufstellung des diesjährigen Etatsentwurfs hätten die gewöhnlich dem Etatsanfragen zu

Gründe gelegten Oboe preise diesmal nicht berücksichtigt werden können, dieselben seien vielmehr erst im Laufe der Kommissionsberatung bekannt und nachträglich noch in Berücksichtigung gezogen worden. Dadurch erhöhte sich der Ankauf für Naturalverpflegung der Truppen um 1361 300 M.

Das Kapitel wird bewilligt; ebenso ohne Debatte die Ausgaben für Kleidung und Ausrüstung der Truppen, für Garison-Baumwesen, Militär-Medizinalwesen, Verwaltung der Traindepots, Verpflegung der Ersch. und Reservemannschaften, Ankauf von Remontepferden und Verwaltung der Remontdepots.

Zum Kapitel „Reisekosten“ beantragen die Abgg. Haarmann u. Gen.: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Position im nächsten Etat angemessen zu erhöhen, um den Monatskosten des stehenden Heeres im Falle der Urlaubserteilung abjährlich für eine Reise in die Heimath freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen zu gewähren.

Das Kapitel wird bewilligt. Ohne Debatte werden bewilligt die übrigen Kapitel des Ordinariums: Militär-Erziehungswesen, und Bildungswesen, Militärfestungswesen, Artillerie- und Waffenwesen, technische Institute der Artillerie, Bau und Unterhaltung der Festungen, Wohnungsgeldzuschüsse, Unterhaltungen, Zuschuß zur Militär-Wittwenkasse, Verschiedene Ausgaben.

Es folgen die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats.

Abg. Richter: Um die Verhandlungen abzukürzen, will ich allgemein erklären, daß wir uns der Bewilligung der Forderungen für die Verbesserung der Bewaffnung, Munition und Ausrüstung nicht entziehen können, ebenso wenig der Bewilligung derjenigen Neubauten, die in Verbindung mit der Dislokation der Truppenteile stehen. Sind diese Ausgaben notwendig, so müssen um so mehr die anderen Bauten vermieden werden. Die Abstriche der Kommission gehen uns nicht weit genug, wir sind grundsätzlich gegen die Neubauten, die nicht an den Grenzen erforderlich sind, in diesem Jahre und stimmen auch gegen den Bau einer neuen Kasernenfabrik. Wir halten die Bauten im Innern des Landes um so weniger für dringend, als der Kriegsminister in der Kommission erklärt hat, daß die früher aufgestellten Kasernierungspläne veraltet seien und für die nächste Session ein neuer aufgestellt werden solle und weil er ferner die Absicht ausgesprochen hat, später die kleineren Orte, denen Garnisonen genommen sind, zu entschädigen, soweit es das militärische Interesse möglich macht. Prinzipiell sind wir gegen die weitere Ausdehnung der Dislokationslinien und gegen die jetzt beliebte Forderung des Baues von Garnisonorten, weil wir eine solche Trennung von Bürgern und Militär nicht wünschen. Da unsere Anträge in der Kommission von anderen Parteien nicht unterstützt sind, verzichten wir darauf bei den einzelnen Positionen unsere Ansichten darzulegen und die Anträge zu wiederholen.

Gemäß den Kommissionsanträgen werden die Forderungen von 141 800 M. für den Neubau eines Körner- bzw. Mehlmagazins in Magdeburg, von 14 500 M. als erste Rate zum Neubau von Magazinbauten in Olschwitz, von 7300 M. als erste Rate zum Ausbau von Magazinbauten in Qanau genehmigt.

Bei der Forderung für die Garde du Corps-Kaserne in Potsdam (zweite Rate) spricht Abg. Baumhach für eine Absetzung dieser Posten für den Fall, daß die Garde du Corps-Kaserne in der Charlottenstraße in Berlin, wie es den Anschein habe, nicht für Zwecke des Bibliothekbaues verwendet werden sollte.

Kriegsminister v. Verdij: Die Verhandlung der Kommission hat für uns insofern ein Novum, als wir erfahren, daß bei Ihnen mit ziemlicher Bestimmtheit in Folge früherer Verhandlungen darauf gerechnet worden ist, daß die Kaserne in der Charlottenstraße für anderweitige Zwecke verwendet werden würde. Wir und meine Mitarbeiter war das nicht bekannt. Wir haben deshalb das Gedächtnis, als wir in Reichlage kamen, im Interesse der Militärverwaltung weiter verwendet. Ich habe ihnen zugesagt, daß ich dieser Angelegenheit näher treten werde. Es hat sich nun herausgestellt, daß das betreffende Grundstück gar nicht dem Reiche gehört. Der Grund und Boden an und für sich steht im Grundbuch auf demselben Blatt als ein Theil des sogenannten Marschallgrundstücks und Befitzer desselben ist das königliche Hofmarschallamt. Die Kaserne selbst ist unbestreitbares Eigentum des Reiches und kann in jedem Augenblick niedergeworfen werden. Ich bin heute in der Lage zu erklären, daß aus dem Umstande, daß augenblicklich die Militärverwaltung diese Garde du Corps-Kaserne für ihre Zwecke noch mit Beschlag belegt hat, in keiner Weise ein Hindernisgrund entsteht, diese Kaserne für anderweitige Zwecke zu verwenden. Ich habe von dieser Sachlage meinem Herrn Kollegen im Ministerium Kenntniß gegeben, der seit einiger Zeit großen Antheil an der Sache genommen hat. (Beifall.)

Abg. Richter: Die weitere Verfolgung dieser Angelegenheit gehört also weniger in den Reichstag als in das preussische Abgeordnetenhaus; es muß nur bedremden, daß die Beratungen des Kultusministeriums darauf hingewiesen werden, in welchem Nothstand die königliche Bibliothek, die Akademie und die Universitätsbibliothek in Bezug auf ihre Erweiterung dadurch gerathen, daß zwischen ihnen die Kaserne liegt und deshalb eine Erweiterung unterbleiben mußte.

Des Weiteren werden getrichen an Forderungen für Kasernenbauten, u. A. 41 000 M. für Posen, 110 000 M. für Reife, 30 000 M. für Oppern, 35 000 M. für Osnabrück, 20 000 M. für Karlsruhe (für den Neubau einer Kavalleriekaserne daselbst werden statt 610 900 nur 300 000 M. bewilligt). Für den Neubau einer Kavalleriekaserne u. s. w. in Darmstadt werden statt 844 000 nur 344 000 M., für den Erweiterungsbau der Artilleriekaserne ebendort statt 485 000 M. 150 000 M. bewilligt. Für den Neubau einer Kaserne u. s. w. für eine Abtheilung Feldartillerie in Mainz werden 127 400 M. von der Forderung von 477 400 M. abgelehnt. Das Extraordinarium des außerordentlichen Etats wird durchweg nach den Kommissionsanträgen bewilligt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Rest des Militärstats, bayerische Quote, Verhandlung über die Fortdauer des Mandats des Abg. Delbrück, Wahlprüfung Webst, Petitionen.)

Lokales.

Die Lokalkommission veröffentlicht nachstehend die Liste der Wuthe, die ihre Lokale zu Versammlungen ungenügend hergeben und bemerkt hierzu, daß dieselbe wöchentlich einmal mit ev. Abänderungen abgedruckt wird, ferner, daß Berücksichtigungen in Bezug auf die Fälligkeit nur von den Herren Wilhelm Werner, Sebastianstr. 72, August Infinger, Rüdelsdorfer. 45, Otto Feindorf, Langestr. 70, ausgehen können. Alle eventuellen Unregelmäßigkeiten sind an die genannten Herren zu berichten.

Adler-Brauerei, Gesundbrunnen.
Altenbrauerei Moabit.
Bergschloßbrauerei, Rixdorf.
Beyer, Neue Grünstr. 14.
Bod-Brauerei, Tempelhofer Berg.
Böhmisches Brauhaus.
Bönhoff, Müllerstr. 142.
Böhm's Brauerei.
Bolzmann, Andreasstr. 26.

Bobert, Weinstr. 11.
Brauerei Tivoli, Kreuzberg.
Brauerei Königstadt.
Brauerei Friedrichshain (Tipp).
Brauerei Friedrichshöhe (Pagenhofer).
Brauerei Pfefferberg.
Kongz-Part Ostend, Frankfurter Allee.
Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
Deutsches Volkstheater, Schönhauser Allee.
Fischer's Etablissement, Chausseest.
Elyrium, Landberger Allee.
Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.
Graweill's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.
Gnadt, Brunnenstr. 33.
Gottschall (früher Huth), Badstraße, Gesundbrunnen.
Gründer's Salon, Schwerinstr. 13.
Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Heise, Lichtenbergerstr. 21.
Heinrich's Säle, Beuthstr. 18/21.
Fritz Jages, Wilmersdorferstr. 63.
Industrie-Hallen, Mariannenstr. 31/32.
Joel (früher Keller), Andreasstr. 21.
Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.
Kaufmanns Variété, Königs-Kolonaden.
Keller, Bergstr. 68.
Königshof, Bülowstraße.
Königshof-Kasino, Holzmarktstr. 72.
Klein's Festsäle, Dranienstr. 180.
Klein, Halenshaide.
Königsbau, Gr. Frankfurterstr. 117.
Krüger's Salon, Wasserthorstr. 68.
Kuhlmey's Gesellschaftshaus, Köslinerstr. 17.
Marienbad (Gesundbrunnen), Badstr. 35-36.
Meyer, Landsbergerstr. 37.
Neustädtischer Volksgarten, Proslauerstraße.
Norddeutsche Brauerei, Chausseest. 58.
Orschel, Sebastianstr. 39.
Pohl, Müllerstr. 7.
B. Rehlitz, Bergstr. 12.
Reny's Salon, Rammstr. 27.
Rennfahrts Salon, Dammstr. 13.
Reyer, Alte Jakobstraße 83.
Roll, Adalbertstr. 21.
Sadom, Müllerstr. 136.
Saeger, Grüner Weg 29.
Sahm's Klubhaus, Annenstr. 16.
Sangjoui, Rottbuserstr. 4.
Scheffer's Salon, Inselstr. 10.
Schloßbrauerei, Schöneberg.
Schneider, Velforsterstr. 15.
Schroder, Müllerstr. 178 (Weddingpark).
Schweizergarten, Am Königsthor.
Silber's Salon, Schwedterstr. 24.
Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
Trillholz, Rosenthalerstr. 11.
Unionsbrauerei, Halenshaide.
Vereinsbrauerei (Rixdorf).
Viktoria-Brauerei, Lühnowstraße.
Viktoria-Salon, Verlegerstr. 13.
Volkshaus (Moabit).
Wedding-Kasino, Schulstr. 29.
Weimann's Volksgarten Gesundbrunnen.
Wendt, Dresdenerstr. 118.
Wollschläger, Blumenstr. 78.
Wohlhaupt, Mantuffelstr. 9.
Wemter, Münzstr. 11.

Die Lokalkommission von Rixdorf macht bekannt, daß folgende Lokale zur Verfügung der Arbeiter stehen:
Barta, Bergstr. 120 (Deutsches Wirtshaus).
Riß, Bergstraße.
Würschmidt, Ansebeckerstr. 15.
Draue, Hermannstr. 18.
Neue Welt, Halenshaide.
Vereinsbrauerei, Rixdorf.
Witwe Müller, Berg, Chausseest. 89.

Alle Anfragen sind zu richten an F. Vier, Falkstr. 46, Rixdorf.

Außer der Influenza haben im letzten Wochen Vierteljahr viele Cholera, Scharlach und Diphtheritis unter den Kindern unserer Nachbarkreise geherrscht. Besonders stark sind die Mägen in Weihensee, Friedrichshagen, Lichtenberg, Regel und E.ner ausgebreitet und haben dort den Tod so manchen blühenden Kindes zur Folge gehabt. Scharlach war noch häufiger verbreitet, hauptsächlich waren es die Distrikte Pantow, Kalkberg, Rüdelsdorf, Rammelsburg, Hohen-Schönhausen, Neuenhagen, Biersdorf, Weihensee, E.ner, Alt-Landsberg, Friedrichshagen, Bösenlee, Groß-Sandbeck, in denen viele Erkrankungen stattfanden. Der Würgengel der Diphtheritis herrschte besonders stark in Rummelsburg, Lichtenberg, Friedrichssee, Bösenlee, Pantow, Reimoldendorf, Oranienburg, Blankenburg und Bernau.

Das Halten von Marktfahrwerken aller Art ist von 10 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags in folgenden Straßen verboten: in der Panoramastraße, Kochstraße, Gontardstraße, in der Kaiser Wilhelmstraße vom Neuen Markt bis zur Münzstraße, in der Neuen Friedrichstraße von der Panoramastraße zur Kochstraße und in der Straße An der Stadtbahn von der Straße An der Spandauerbrücke bis zur Königstraße. Uebertretungen dieser Vorschriften werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 M. oder im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft. Diese Verordnung tritt am 15. Januar 1890 in Kraft. Mit demselben Tage treten die Polizeiverordnungen vom 29. Juli und 25. September 1889 außer Kraft.

Im CRYPTOWER PARK, und zwar so ziemlich in allen Theilen desselben, am häufigsten aber in dem dicht hinter der Verbindungsbahn nördlich von der Spaussee gelegenen Theile, herrscht gegenwärtig ein belästigender Madergeruch. Derselbe rührt von dem dort während der Sommermonate aufgefahrenen hochgehenden Schicht her, der gegenwärtig wieder abgefahren und dazu verwendet wird, über die weiten Rasenflächen des Parks gestreut zu werden und so den Rasen gegen die Wirkungen der Kälte zu schützen. Beim Zusammenfahren war dieser Schichtberg sehr hoch, wodurch leicht an der Oberfläche, besteht aber im Innern seine Feuchtigkeit und diese strömt jetzt als höchst lästiger Madergeruch in den Park aus. Die Spargelgänger sind wenig von diesem Genuß entzückt, von dem man bezweifeln kann, ob er etwa gegen Influenza wirken soll; eher wäre es möglich, daß er gesundheitsschädlich wirkt.

Gesammelte Arbeiterinnen des Feuerwerkholaboratoriums in Spandau, welche bei der Zündhütchen-Explosion im September vorigen Jahres Verwundungen davongetragen, befinden sich jetzt wieder in ihrer früheren Beschäftigung auf dem Eiswerder. Auch die beiden Arbeiterinnen, welche am schwersten verletzt worden waren, haben kürzlich, dem „A. f. d. S.“ zufolge, ihre Arbeit wieder aufgenommen.

Zur Anfertigung der Bildnisse für das Verbrechenalbum sind im neuen Polizeigebäude besondere Anstalten getroffen worden. Während die photographischen Aufnahmen früher in dem Atelier des Photographen vorgenommen wurden, ist für diese Aufnahmen jetzt eins der im Erdgeschoß belegenen, zu den Diensträumen der Kriminalabtheilung (Abtheilung IV) bestimmten Zimmer eingerichtet. Die Aufnahmen können dort zu jeder Tageszeit mittelst sogenannter Blizlichter und zwar so schnell vorgenommen werden, daß der angeblickte Vorwär in das Zimmer geführte Verbrecher bereits photographirt ist, ehe er selbst nur eine Ahnung davon hat. Der Verbrecher erhält nach dem Betreten des Zimmers in einer Entfernung von 2-2½ Metern von dem photographischen Apparat seinen Platz,

während rechts und links von ihm im rechten Winkel in einer Entfernung von 1 Meter bez. 1½ Meter 2 bez. 1 Blizlichtlampe angebracht sind. Durch einen Druck auf einen mit dem Apparat einerseits und den Blizlichtlampen andererseits pneumatisch in Verbindung stehenden Gummiball wird mit Augenschnelligkeit der Verbrecher in gewünschter Weise beleuchtet und die Fixirung auf die Platte (sogenannte Schließzeit) bewirkt. Als Objektiv wird ein Voigtländer-Objektiv-Objektiv mit einer zweiten Linse benutzt. Die Entwicklung der Bilder geschieht mittelst Eikonogen. Zum Umtauschen der Platte und zum Hervorrufen des Bildes befindet sich neben dem Zimmer eine vollständig eingerichtete Dunkelkammer. Die bisherigen Probeaufnahmen werden als äußerst gelungen bezeichnet.

Unter der Spitzmarke „Nahrungsvorgänge“ brachte mir in unserer Donnerstags-Nummer eine Lokalanzeige, nach welcher die Maurerfrau A. M. wegen ihrer bedrängten Lage Gist genommen habe. Die Angelegenheit bedarf der Richtigstellung. Es wird uns nämlich Folgendes berichtet: Der Maurer M. ist jung und kräftig, hat immer Beschäftigung gehabt, Kinder sind nicht vorhanden, dafür hat er die Eheleute drei Schläfer, wovon einer, der Schneider N., kürzlich verstorben ist und aus Gram darüber hat Frau A. M. sich von drei großen Schächeln Schweißhölzern den Kranz zurecht gemacht, um auch zu sterben.

Der russische Hochkapler Savins, über dessen Eintritten und Vernehmung in Berlin wir berichtet haben, ist von zwei Kriminalschülern Sonnabend von hier abgedampft, gestern Nachmittag in Alexandrow eingetroffen und von den preussischen Beamten an die den Gefangenen erwartenden russischen Sicherheitsorgane ausgeliefert worden. Ueber die Art und Weise, wie Savins seine Flucht aus dem Eisenbahnwaggon in Posen bewerkstelligt hat, erzählt man, daß Savins auf die damals geschilderte Art seinen Transporteur entwichen ist. Die weitere Flucht Savins' gestaltete sich nun folgendermaßen. Nachdem Savins ungehindert die Plattform des kaum aus Posen hinausfahrenden Zuges erreicht hatte, ist er nicht, wie zuerst angenommen wurde, von dem fahrenden Zuge hinabgesprungen, sondern ging auf dem Trittbret zu einem leeren Kupee erster Klasse, in welchem er sich verbarg und so die Fahrt bis kurz vor die nächste Station mitmachte. Erst als der Zug in diese einlief, sprang er aus dem Kupee und eilte davon, ohne daß seine Flucht bemerkt wurde. Da er seinen Hut im Zuge zurückgelassen hatte, konnte er einem Bauernjungen, unter dem Vorgeben, daß ihm sein Hut beim Hinausgehen aus dem Wagen fortgeschlagen sei, eine Kuppe für zwei Mark ab und eilte gleich darauf zurück. Nachdem er sich noch einen Baueranzug verschafft, den er über seine Kleider anlegte, konnte er sein weiteres Entkommen in der dortigen öden Gegend in der Verkleidung ohne Schwierigkeit bewerkstelligen. Bald zu Fuß, bald per Eisenbahn oder zu Wagen gelangte er nach Dresden. Durch Verkauf seiner weitholenden goldenen Uhr nebst Kette und einiger anderen Kleinigkeiten, verschaffte er sich dann in der sächsischen Hauptstadt die Mittel zu seiner weiteren Flucht. Güte er in Dresden seinem angeborenen Größenwahn und seiner Abenteuerlust folgend, nicht die Unvorsichtigkeit begangen, so bald er sich wieder im Besitz von Geld wühlte, seine Hochkaplerphysiognomie zu zeigen, und sich den Namen Graf Lambert betzulegen, wodurch die dortige Polizei auf ihn aufmerksam wurde, so wäre es ihm voraussichtlich gelungen, den Nachforschungen der Behörden noch lange zu entgehen. Von Dresden aus ließ die Polizei Savins, respektive den Pseudonym Grafen Lambert, nicht mehr aus dem Auge, bis er endlich in Genuß festgenommen wurde. Die frühere Geliebte Savins' Frau Regalort scheint sich über den Verlust ihres Geliebten, dessen Liebes- und abenteuerliche Geschichte sich voraussichtlich auf längere Zeit abblühen dürfte, getrost zu haben. Frau Regalort ist wieder nach Berlin zurückgekehrt, woselbst sie im Westen ein elegantes Quartier bewohnt.

Zu dem Hausmordversuch, der, wie berichtet, gegen die Haushalterin des Bildhauers Boshardt in der Ruralfstraße 13 verübt worden ist, soll sich der Verdacht auf einen Führer in dem Boshardt'schen Atelier beschäftigt gewesenem Zeichner namens Dünz gelenkt haben.

Selbstmordversuch und Brandstiftung. Stralauer Straße 21, parierte nach dem Hof, wohnt die Nährin Fäulein B. Dieselbe war verlobt mit dem Weinkäfer Otto B., der jedoch vor einigen Wochen nach Döllsdorf gebracht werden mußte. Gestern muß es ihm gelungen sein, dort zu entweichen, denn am Morgen erschien er, noch mit den Anstaltskleidern angezogen, unerwartet in der Wohnung seiner Braut. Er legte sich zu Bett, sprang aber plötzlich auf mit dem Rufe: „Du mußt mich retten!“ Die B. beschwichtigte den aufgeregten Mann und ging mit ihm zusammen zu einem befreundeten Schuhmacher, der die Anstaltskleider nach Döllsdorf zurückbringen sollte. Der Schuhmacher wurde indeß nicht angezogen. Auf dem Rückwege fand B. einen Vorwand, seine Braut einen Weg zu schicken, sich den Schwelmschlüssel geben zu lassen und sich allein zur Wohnung nach der Stralauerstraße zurückzubegeben. Kaum hier angekommen, schloß er die Thür hinter sich, steckte sich die Sperren der B. ein, zerrte die Beulen, legte die Stube in Brand und zerschlug sich alsdann mit einem Rasenmesser den Hals. Darauf stürzte er den blutenden Kopf zum Fenster hinaus, in der Absicht zu verbluten. Trift wurde das Feuer beseitigt, die Feuerwehre alarmirt, und nachdem diese sich gewaltsam Eingang durch die verschlossene Thür verschafft, wurde dem Selbstmörder trotz heftiger Gegenwehr zunächst ein Rothband angelegt und das Feuer alsbald gelöscht. Die besagten werthe Braut kam gerade in ihrer Wohnung an, als ihr Bräutigam nach der Chortree gebracht wurde.

Gerhard Hauptmann hat ein neues Stück mit dem Titel „Ein Friedensfest“ geschrieben, welches er eine Familienkatastrophe in drei Vorgängen“ nennt. Das Stück spielt in E.ner bei Berlin und ist zum großen Theil in Berliner Dialekt geschrieben. In Unterschieden von dem Drama „Vor Sonnenaufgang“, in welchem die Komposition etwas auseinanderliegt, zeigt es eine strenge Geschlossenheit der Handlung. Vom nächsten Monat ab erscheint unter Redaktion des Herrn Otto Brahm und im Verlage von S. Fischer eine neue Zeitschrift „Freie Bühne“, in welcher das neue Stück Gerhard Hauptmann's in Höhe veröffentlicht werden wird.

Der Einfluß von Kaffee und Thee auf das Gehirn. Dr. Debitio in Dorpat hat über den Einfluß von Kaffee und Thee auf die Dauer von Gehirnvorgängen Untersuchungen angestellt, welche folgende Resultate ergeben haben: Durch Messung der Reaktionszeiten, d. h. der Dauer der durch die erwähnten Reizmittel hervorgerufenen Wirkungen, hat Debitio nachgewiesen, in welcher Beziehung die geistig erregenden Wirkungen des Kaffees und des Thees sich sowohl untereinander, wie von denjenigen des Alkohols unterscheiden. Alle drei Mittel beschleunigen zunächst die Gehirnthätigkeit; aber der Alkohol übt seine anfängliche beschleunigende Wirkung wesentlich auf die Bewegungseffekte, auf die Auslösung von Willenshandlungen aus, während er die Wahrnehmungsvergange sehr bald verlangsamt. Coffein, d. h. der im Kaffee enthaltene wirksame Stoff, und im höheren Grade der Thee bewirken dagegen eine beschleunigtere und zugleich nachhaltigere Auffassung äußerer Eindrücke, sowie Verknüpfung derselben zu komplizirten Vorstellungsgruppen, ohne gleichzeitig zu Entlassungen im Muskelsystem zu treiben. Wenn der Alkohol die Gemüths- und Sorgen wegräumt, uns müthig und übermüthig, zu unüberlegten Streichen geneigt, aber zu ernster Gedankenarbeit unfähig macht, so erhält uns der Theegenuß bei andauernder geistiger Anstrengung nach und aufmerksam und erleichtert uns die Auffassung sonst ermüdender Einzelheiten. Beim chronischen Alkoholmißbrauch sehen wir dementsprechend auch eine fortschreitende Abnahme der geistigen Hemmungen,

der Se
moralis
mäßige
höchste
S. fol
No
Grund
eines
- Rad
und Jä
baum
berartig
bracht
der Tre
beiter
Küche
Knecht
Häde
er dur
gedach
Wicht
ein un
bestim
hande
Barite
Mädel
selben
alter
dem G
einer
sahen
Hiebei
daß er
bröck
auf de
diesel
wunden
machte.
12. d. V
gelöst.

Im
ältere
Da
es wu
führt
denen
trieben
für im
einsel
zwei
damals
Rittsch
offen
Habent
richtig
suchen
seiner
ein g
Da
gute
Leitun
Schram
wieder
Schlage
Darstel
der vor
Darstell

G
gegen
Strohm
dem Re
Schne
trag ge
wischen
somm
huplet
Kulpe
bleiben
gledich
ober n
Kontra
leidigt
ein ch
natur
Einwa
gehänd
weit de
hätte
eine le
weiss
om La
Gründ
G
Feigk
gehört
schlöß
worten
der Be
trag, ei
fangig
kam be
hief se
wieder
das M
einfach
wieder
hätte d
auf ihn
pönt
den An
Gefang

A
trieb
t n
der N
und 10
weil fi

der Selbstbeherrschung, einen Teil des Charakters, des moralischen Haltens sich herausbildet, während der gewohnheitsmäßige Übergang niemals derartige Störungen, sondern höchstens Schlaflosigkeit und Zustände von Nervenschwäche im G. Solte hat.

Polizeibericht. Am 11. d. M. Mittags wurde auf dem Grundstück Elsbachstraße 65A in einem Altkloster die Leiche eines neugeborenen Kindes, theilweise verfault, aufgefunden. — Nachmittags wurde auf dem Kreuzungspunkt der Oberwall- und Jägerstraße eine Frau beim Uberschreiten des Fahrbahns von einer Droschke überfahren und an Brust und Leib derartig verletzt, daß sie mittelst Droschke nach der Charitée gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit versuchte der aus der Irren anstalt zu Döllsdorf entsprungene Geistesranke Arbeiter Posten in der Wohnung seiner Geliebten, Stralauerstraße 21, sich mittelst eines Rasirmessers die Pulsadern zu durchschneiden und stürzte dann die Betten, Möbel und Kleidungsstücke in Brand. Nach Anlegung von Nothverbänden wurde er durch den Leichen Krankenwagen nach der Charitée gebracht, während das Feuer durch die Feuerwehr gelöscht wurde. — An demselben Tage Abends wurde ein unbekannter Mann mit einem Messer in der Brust verwundet und nach Anlegung eines Nothverbandes in der Sanitätsstation in der Adalbertstraße nach der Charitée gebracht. — Am 12. d. M. Morgens wurde ein Mädchen in seiner Wohnung in der Markstraße und zu derselben Zeit im Friedrichshain ein unbekannter, etwa 45 Jahre alter Mann erhängt vorgefunden. — Nachmittags wurde vor dem Hause Frankfurter Allee 31 ein unbekannter Mann bei einer Prügelei mit einem anderen Manne von einem vorüberfahrenden Pferdewagen erfasst und zu Boden gerissen. Hierbei erlitt er scheinbar schwere innere Verletzungen, so daß er nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Abends entstand in dem Stallgebäude auf dem Grundstück Schulstraße 46 Feuer; beim Löschen auf demselben erlitt der Arbeiter Gottlob Günther so schwere Brandwunden am ganzen Körper, daß er nach der Charitée gebracht werden mußte. — Fünf im Laufe des 11. und in der Nacht zum 12. d. M. entstandene kleine Brände wurden durch die Feuerwehr gelöscht.

Theater.

Im Wallnertheater grub man am Sonntag Abend ein älteres Lustspiel von G. von Moser „Ultimo“ wieder aus. Das Stück wurde freundlich aufgenommen, das ist richtig, es wurde viel gelacht und viel applaudirt — aber höherem führt man es mit zwingender Gewisheit, daß die Zeiten, in denen diese Moser'schen Mustermenschen, die von Edelmut trieben, das Herz des Zuschauers auf die Dauer fesseln können, für immer dahin sind. Der Aufbau des Stückes erinnert an einzelnen Stellen an die sentimentalen Volksstücke, die vor zwei und drei Jahrzehnten im Wallnertheater florirten und damals dieser Bühne eine eigenartige, spezifisch berlinische Kleinräthliche Färbung gaben. Kommerzienräthe, die ihre Töchter ostentativsten Habentischen förmlich aufdrängen, bloß weil diese ostentativsten reichschaffere Kerle sind, die das Herz auf dem richtigen Fleck haben“, die soll man doch heute mit der Laterne suchen, und die gab es übrigens auch damals, als Berlin neben seiner Eigenschaft als preussische Beamten- und Garnisonstadt ein ziemlich idiosyncratisches Philisternest war, erst recht nicht. Dagegen wurde recht flott und munter gespielt, und die gute Laune des Publikums war wohl hauptsächlich den guten Leistungen der mitwirkenden Künstler zuzuschreiben. Frau Schramm zeigte als poetisch überpannte Kommerzienrätin wieder ihren ganzen blendenden Humor, und die beiden Schlegels fanden in den Herrn Guthery und Kurz passende Darsteller. Als Debitant trat ein Fräulein Ballast auf, die vorläufig noch ein Wischen pimperlisch ist. Die übrigen Darsteller verdienen alle gleiches Lob.

Gerichts-Beitrag.

Gegen das landgerichtliche Urtheil im Prozesse gegen **Burk und Genossen** war von den Verurtheilten die Revision eingelegt worden. Dieselbe wird am 24. Januar vor dem Reichsgerichte verhandelt werden.

Aus dem Innungsleben. Bei dem Vorstände der Schneiderinnung in Spandau war vor einiger Zeit der Antrag gestellt worden, das Mitglied Kulppe aus der Innung auszuscheiden, weil sich dasselbe im Konkurs befände. In der Versammlung, welche über diesen Antrag zu beschließen hatte, beantragte Schneidermeister Petrus die Ausdrückung, daß Meister Kulppe im Konkurs stehe und darum fernhin nicht Mitglied bleiben könne, weil das Statut u. a. bestimme, daß die Mitgliedschaft durch Konkurs verloren gehe. Meister Kulppe hand aber nicht im Konkurs, er hatte nur vor etwa 4 Jahren im Konkurs gestanden. Durch jene Behauptung fühlte er sich beleidigt. Er lagte beim Spandauer Amtsgericht und erzielte ein obliegen des Erkenntnis, denn der Beklagte wurde zu 20 M. verurtheilt. Umsonst machte der Verteidiger des Letzteren den Einwand, daß derselbe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Der Reichshof war der Meinung, daß so weit der Satz des § 193 nicht gehen dürfe. Der Beklagte hätte sich erkundigen müssen, ob die Sache richtig sei, bevor er eine solche Behauptung aufstellte, die, wenn unbegründet, gewisslos beleidigend sei. Die gegen diese Verurtheilung eingelegte Berufung wurde gestern von der ersten Strafkammer am Landgericht aus den von der Vorinstanz aufgestellten Gründen verworfen.

Strenge fast komisch hohen Grad von Vertrauenslosigkeit hat der Nachwächter August Jenisch, welcher sich gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I wegen schuldigen Entweichens einer Gefangenen zu verantworten hatte, an den Tag gelegt. Am 1. Oktober v. J. erhielt der Beschuldigte vom Amtsvorsteher zu Zehlendorf den Auftrag, eine dort ausgegriffene Dirne nach dem Unterföhrungsgefängnis zu Moabit zu transportiren. Am Potsdamer Thor kam dem Transporteur eine Bedürfnis an zu lassen Befriedigung er in die dort befindliche öffentliche Anstalt trat. Er ließ seine Gefangene draußen auf ihn zu warten. Als er wieder auf die Straße trat, war er auf's höchste erstaunt, daß das Mädchen seinem Besuche nicht Folge geleistet, sondern sich einfach entfern hatte. Sie ist übrigens am folgenden Tage wieder ergriffen worden. Der Angeklagte meinte freilich, er hätte doch unmöglich denken können, daß seine Gefangene nicht auf ihn warten würde, da er es ihr doch so entschieden eingeprägt. Der Reichshof bewilligte den Fall milde und ließ den Angeklagten mit einer Geldstrafe von 10 M. event. 1 Tag Gefängnis davonkommen.

Soziale Uebersicht.

An alle in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die schon in Kürze mittheilt wurde, haben in der Buchbinderei von Baumbach u. Co. in Leipzig 85 Arbeiter und 10 Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt, da 7 Kollegen, weil sie Agitatoren seien, gemahregelt wurden.

Die Firma Baumbach u. Co. hat nun verübt, ihre Arbeiten in anderen Leipziger Buchbindereien fertig stellen zu lassen, was jedoch an der Emmüthigkeit der Leipziger Kollegen scheiterte.

Kollegen, Kolleginnen! Nachdem die Herren ihre Arbeit in Leipzig nicht haben gefertigt bekommen, werden sie sich nach anderen Städten wenden. Laßt es unsere erste Pflicht sein, die Leipziger Kollegen zu unterstützen; aber nicht nur dieses allein genügt, sondern seid auch noch auf der Hut, daß auch nicht ein Stückchen Arbeit für besagte Firma hier angefertigt wird. Sollte dennoch der Versuch gemacht werden, hier Arbeit für dort anzufertigen, so ersuchen wir Euch dringend, den unterzeichneten Vorstand davon in Kenntniß zu setzen, damit derselbe etwa nöthig werdende Schritte unternehmen kann.

Zeigt, daß das Solidaritätsgefühl der Arbeiter auch bei Euch lebendig ist, daß wir nicht oewillt sind, unsere Kollegen, welche sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen, den Maßregelungen der Kapitalisten preiszugeben.

Darum auf, Kollegen und Kolleginnen, gedenket der Leipziger Gemahregelten! Mit kollegialischem Gruß. Der Vorstand des Fachvereins der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Versammlungen.

Die **Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend** hielt am 12. d. M. unter zahlreicher Theilnahme in den Bürgerläden ihre General-Mitglieder-Versammlung ab. Nach Eröffnung der geschäftlichen Angelegenheiten nahm die Versammlung in erster Linie den Rechenschaftsbericht des Vereinskassiers, Herrn Schulz, über das letzte Quartal 1889 entgegen. Derselbe schloß ab mit einem Bestande von 622 M. 15 Pf. Seitens der Revisoren wurde die völlige Richtigkeit der Abrechnung konstatiert und wurde dem Vereinskassier daraufhin Decharge ertheilt. Hierauf trat die Versammlung in die Neuwahl des gesammten Vorstandes ein. Eine Generaldiskussion wurde nicht gewünscht, wohl aber eine Spezialdiskussion. Auch wurde eine Wahl durch Stimmsettel für den ersten Vorsitzenden, Kassierer und Schriftführer abgehalten. Von den für das Amt des ersten Vorsitzenden in Vorschlag gebrachten Herren Bernau, Tsch, Franke, Wilknig, Zöllner, Hempel, Karl Schmidt, Derrerschmidt, Reilmann, Lange, Besort und Willing erklärte sich die Herren Bernau, Tsch, Zöllner und Karl Schmidt zur Annahme des Amtes bereit. Gewählt wurde Herr Julius Bernau zum ersten Vorsitzenden, ferner zum ersten Kassierer Herr Wilhelm Schulz (bisheriger Kassierer), zum ersten Schriftführer Herr Tsch (bisheriger Schriftführer). In Anbetracht der in diesem Jahre zu entfallenden Agitation beantragte Herr Kerstan, den bisherigen großen Verwaltungsausschuß zu beschränken und den gewählten ersten Vorsitzenden und ersten Kassierer fest anzustellen zur Leitung der Agitation und Ueberwachung des Baugewerbes. Ueber diesen Antrag entspann sich eine längere Debatte, in welcher die Redner für und gegen den Antrag sprachen. Nach Schluß der Debatte stellte Herr Kerstan den Geschäftsordnungsantrag, von einer weiteren Vorstandswahl Abstand zu nehmen, die bisherigen Vorstandsmitglieder, soweit sie nicht neu gewählt worden sind, bis auf Weiteres im Amte bestehen zu lassen und in kürzester Zeit eine neue General-Mitglieder-Versammlung einzuberufen, welche über die eorntliche Anstellung des Vorsitzenden und Kassiers dem Antrage Kerstan entsprechend, Beschluß zu fassen habe. Dieser Antrag wurde angenommen und war somit der Antrag Karl Schmidt, den Vorstand in bisheriger Stärke zu wählen, gefallen. Namens der am 6. Januar 1889 gewählten Agitations- und Rechenschaftskommission erhaltete Herr Krieg Bericht über die Thätigkeit dieser Kommission. Derselbe hat eine reiche Willkür entfaltete auf dem Gebiete des Rechtschutzes und macht: Herr Krieg Mittheilung über jeden einzelnen Fall, soweit derselbe bereits gerichtlich entschieden sind, das Resultat bekannt gebend. Er empfahl, von einer Neuwahl der Kommission Abstand zu nehmen, da im Falle ein fändiges beordertes Bureau angestellt werden würde, dasselbe auch die Funktionen der Kommission mit zu übernehmen hätte. Von dem Referenten sowohl, als auch von anderen Rednern wurde die Nachlässigkeit verschiedener Mitglieder in Prozeßsachen gerügt. Eine Neuwahl der Rechtschutz- und Agitationskommission wurde gleichfalls bis zur nächsten General-Mitglieder-Versammlung vertagt. Unter „Verschiedenes“ rezte Herr Danisch eine Statutenänderung an hinsichtlich der Afford-Leppendauten und der Pagararbeiten, dem Vorstande anzuempfehlen, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Herr Zöllner wandte sich gegen diese Affordarbeit und gegen den Vorschlag, Affordarbeiten für Treppendauten einzuführen. Dadurch wurde die Frage der Affordarbeit wiederum in Fluß gebracht und fand hierüber abermals eine längere Debatte statt. Auch die Arbeitsverhältnisse fanden eine eingehende Beleuchtung und wurde lebhaft Bescheid geführt über die Art und Weise, wie heute „gebaut“ wird. Zur Abheilung der bestehenden Uebelstände wurde den Maurern Berlins dringend eine streife Organisation ans Herz gelegt. Die Versammlung verwarf nach wie vor jegliche Affordarbeit und hielt das Statut der Vereinigung hoch. (Der Segen der Affordarbeit wird von neuem illustriert durch den Einmarsch des Affordbaues in Friedenau, wobei 6 Arbeiter verunglückt sind.) Wie Herr Kerstan mittheilt, findet am Mittwoch Abend in Sanssouci eine öffentliche Maurer-Versammlung statt; nach dieser soll ein Flugblatt erscheinen, welches eine Gesamtorganisation der Maurer andahnen soll und nachdem werden 3 große öffentliche Versammlungen stattfinden, welche über die Organisationsfrage zu beschließen haben werden. Zur Annahme gelangte folgender Antrag: „Die heutige General-Mitglieder-Versammlung beschließt, das Lokal „Bürgerläden“, Dresdenstr. 96, so lange zu meiden, bis dasselbe wieder in der Hand der Lokalkommission veröffentlicht wird.“ Die Wahl des Lokals zur Abhaltung der Versammlung begründete der Vorsitzende, Herr Wilknig, mit der Wichtigkeit der Tagesordnung, welche das Erscheinen möglichst vieler Mitglieder notwendig machte und ein zahlreicher Besuch im Friedrichshain nicht zu erwarten stand. Einem Unterstüthungsgefuhe für einen erkrankten Kollegen wurde durch Bewilligung von 20 M. Rechnung getragen. Ferner beschloß die Versammlung, den 20. Februar d. J. (den Tag der Reichstagswahlen) als Feiertag zu erklären und an demselben die Arbeit ruhen zu lassen. Nachdem wurde die Versammlung geschlossen.

Der **Verein der Fülshuharbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend** hielt am Montag, den 30. Dezember 1889, im Gnadi's Lokal eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn R. Dagnast über Verkürzung der Arbeitszeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Redner erklärte, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für uns schon längst eine soziale Nothwendigkeit ist, denn in England und Amerika wäre man schon über die neunstündige Arbeitszeit einig, Amerika richtet sich sogar auf die achtsündige Arbeitszeit ein. Aber wo bleiben wir in Deutschland? Unsere Arbeitszeit hat sich in den verschiedenen Gewerben so ausgedehnt, daß bis 18 Stunden gearbeitet wird. Das ist ein Schimpf für die letzten 10 Jahre ins neunzehnte Jahrhundert. Wir müssen und müssen eine Verkürzung der Arbeitszeit anstreben. Im Reichstoge ist ja schon der Gesetzentwurf betr. der Arbeitszeit eingebracht worden, aber was hat das genügt? Die Liberalen und Konservativen wollten sie auf 11 Stunden be-

schranken. Sind wir Arbeiter dadurch gebessert? Nein! Denn wir stehen dann immer auf dem alten Standpunkt. Bezüglich der Sonntagsruhe hat Fürst Bismarck gesagt, daß dadurch den Arbeitern 1/3 von ihrem Wochenlohn verlustig gehen würden; das glaubt aber heutzutage kein Arbeiter mehr. Der Kapitalismus ist in Deutschland viel höher entwickelt als in anderen Ländern, weil der Arbeiter weit mehr ausgebeutet wird. Gegen diese Ausbeutung müßten die Arbeiter Front machen. Dadurch würde dann der Kleinbetrieb zuerst gestürzt, aber der Großbetrieb muß dann auch folgen. Der 1. Mai dieses Jahres soll uns ein Feiertag sein, um den Achthunderttag in vollem Maße zu unterstühen. Alle Räder stehen still, wenn die Arbeiterhände ruhen. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen in dem Sinne des Referenten aus, namentlich Kollege Opitz über den Klassenhass, der unter den Arbeitern herrscht; dieser muß erst aufgehoben, dann können wir zum Siege gelangen. Sobann wurde beantragt, der Verein möge gefällige Zusammenkünfte veranstalten, um dadurch die Kollegen, die dem Vereine noch nicht angehören, ein freundliches Entgegenkommen zu bereiten. Der Antrag wurde angenommen und die Kollegen Dagnast, Manns und Wiedesched zum Vergnügungs-Komitee gewählt. Ein zweiter Antrag betraf die wissenschaftlichen Vorträge des Professors Förster, die jeden Sonntag Vormittag stattfinden. Es wurde beschlossen, den Vorstehenden zu beauftragen, Büllets zu beschaffen. Zum Schluß wurde eine Resolution vom Kollegen Bösch eingebracht: Die heutige Versammlung der Fülshuharbeiter erklärt sich mit den Beschlüssen des Pariser Kongresses einverstanden und verpflichtet, für Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, sowie den 1. Mai als Feiertag zu betrachten. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Schluß 11 1/2 Uhr.

Der **Fachverein der Berliner Kaufleute** hielt am Montag, den 6. Januar, im Jemter's Lokal, Münzstr. 11, seine übliche Versammlung ab. Die Tagesordnung war folgende: 1. Vortrag des Kollegen Marler über die Hungerjahre von 1789—1792. 2. Beantwortung der Fragebogen vom Gewerbebericht. 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende Herr O. Grünberg eröffnete die Versammlung um 9 Uhr und ertheilt zum ersten Punkt der Tagesordnung Herrn Marler das Wort. Des Vortragenden etwa einstündiger Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion führte Herr O. Grünberg einige Auslassungen mehrerer vornehmer Freigeister des vorigen Jahrhunderts an. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, betreffend die Beantwortung des Fragebogens, stellte Kollege Braun den Antrag, dieselben erst im Vorstände vorzubereiten und dieselben alsdann einer anderen Versammlung vorzulegen. Der Antrag wird angenommen. Zum Punkt Verschiedenes wurde die Sache um kontra Siebenbach angeregt und hierzu vom Kollegen Jänike der Antrag gestellt, beide Theile vor den Vorstand her event. Versammlung zu laden. Der Antrag wird abgelehnt. Es wurde nun vom Kollegen Montag bedauert, daß das Vergnügungskomitee nicht dazu komme, abrechnen zu können, zumal das Vergnügen schon eine geraume Zeit her sei. Darauf sagte der Kollege Marler (zum Komitee gehörig), daß der Kollege Röhner mit ihm noch nicht abgerechnet habe, weil derselbe Forderungen für Sachen gestellt habe, die überhaupt nicht zur Verwendung gekommen sind. Außerdem hatte sich Röhner dem Kollegen Marler gegenüber gegen den Vorstand Äußerungen bedient, die er in der Versammlung nicht verantworten re. p. begründen konnte; so wurde derselbe moralisch gezwungen, sein Amt als Schriftführer niederzulegen. Als Vertreter für den Abend wird Herr Jänike gewählt. Es sind unterdessen bei dem Vorstände zwei Briefe eingelaufen. Der eine ist von den Wiener Verknüftarbeitern, der andere von den hiesigen Vergoldern und Berufsgenossen. Es äußern sich in der Diskussion hierüber mehrere Kollegen für sofortige Unterstützung dieser beiden Berufe, jedoch wird der vom Kollegen Braun gestellte Antrag, welcher befragt, dieses dem Vorstand zu überlassen, angenommen. Ein Antrag des Kol. Scherding, welcher besagt, Abs. 3 des § 2 unseres Vereinsstatuts zu streichen, auf die nächste Tagesordnung zu setzen, konnte in dieser Form nicht angenommen werden, wird aber umgeändert auf: Statutenänderung. Als Mitglieder hatten sich neu eingetragene lassen die Kollegen Max Pohl, Gustav Duffe, Karl Lange und Robert Lehmann. — Ein Antrag vom Kollegen Kruse, welcher dahin geht, daß in der nächsten Versammlung die Abrechnung stattfinden zu lassen, wird dahin bekräftigt, daß der Vorstand dies schon ins Auge gefaßt habe. Schluß der Versammlung nach 12 Uhr.

Die **Leipziger Versammlung** am 7. Januar fand die erste diesjährige Fachvereinsversammlung der Leipziger Berlins bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Dr. Wille über die kommunalistische Gemeinde Maria. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Fragekasten. — Der 1. und 2. Punkt der Tagesordnung mußte wiederum von der Tagesordnung gestrichen werden, weil der Herr Referent nicht erschienen war. Zum 3. Punkt „Vereinsangelegenheiten“ erhielt zuerst der Vereinskassierer Kollege Hartig, über das Weihnachtövergnügen zur Rechnungslegung das Wort. Die Ausgaben betragen 109,15 M., die Einnahmen 104,40 M., es ist somit ein Defizit von 4,75 M. entstanden. In der Angelegenheit des Weihnachtövergnügens erhielt zur Kritik desselben zuerst Herr Wagner das Wort. Der Herr äußerte den Wunsch, daß bei derartigen Vergnügungen nicht der politische Charakter so stark hervortreten möchte, da die politischen Demonstrationen auf die Kinder einen nicht besonderen Eindruck machen. Der Herr Wagner will in der Festrede, welche von Herrn Belsche zur Zufriedenheit der Anwesenden gehalten worden ist, eine politische Demonstration erblickt haben. Der Herr Wagner wurde selbstverständlich von einigen Rednern, die mehr Verständniß von der Arbeitersache haben, zur Genüge heimgeleuchtet und wurde ihm klargemacht, daß er sich nicht in den Reihen der Jünglingsvereine befindet, und möge er in Zukunft mit solchen Demonstrationen nicht so plump herumwerfen. Kollege Fremwald bedauerte den Indifferentismus mancher Menschen, aber unverzagt geht es weiter, um den Indifferentismus zu bekämpfen, bis derselbe gänzlich von der Bildfläche verschwunden ist. Nachdem der Fragekasten erledigt war, wurde noch bekannt gemacht, daß Dienstag, den 14. Januar, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75 (oberer Saal), eine öffentliche Versammlung stattfindet, wo es Pflicht eines jeden Kollegen ist, zu erscheinen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Wahlkreis. Versammlung am Dienstag, den 14. d. M., Abends 8 Uhr, im Gade's Lokal, Bergmannstr. 6-7. Tagesordnung: 1. Gedenkreise über die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie. 2. Bericht über die verschiedenen und Fraktionen. Am recht plakatigen Verfahren wird ein Wahlversammlung. Mitglieder werden aufgenommen. Die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden durch ihren Führer nachgeholt. Nach machen wir darauf aufmerksam, daß in dieser Versammlung erst 10 der Berliner Arbeiter-Bibliothek von W. Schlipf: „Die Sozialdemokratie und der Deutsche Reichstag“ zur Ausgabe gelangt, welches bei letztem Wähler lesen sollte.

Sozialdemokratischer Wahlverein des letzten Berliner Wahlkreises. 8 Uhr Versammlung am Dienstag, den 14. Januar, Abends 8 Uhr, im Gade's Lokal, Bergmannstr. 6-7. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Keller, Bericht über die Arbeiter vom neuen bürgerlichen Reichstoge zu erwarten? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Alle Wähler werden eingeladen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Große Schneider-Versammlung der freien Berufligen der Schneider Berlins am Dienstag, den 14. Januar, Abends 8 Uhr, im Jemter's Lokal, Münzstr. 11. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Karl Schmidt über: „Mittel auf die vorläufigen Strafen.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder. Schluß nach 10 Uhr. Alle Kollegen sind freundlich eingeladen.

Genauere Berliner Wählerverein. Generalversammlung am Dienstag, den 14. Januar, Abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Wahl des Vorstandes, etwaige Kartage und Wahlbezirk.

Verein der Klempner Berlins und Umgegend. Große Versammlung am Dienstag, den 14. Januar, Abends 8 Uhr, im Jemter's Lokal, Münzstr. 11.

